

# Inhaltsverzeichnis

Vorträge	Seite 2
Semester	Seite 8
Kurzmeldungen	Seite 20
Wissenschaftsmanagement	Seite 26
Gemeindefinanzreform	Seite 28
Weiterbildung	Seite 29
Top-Thema: Qualitäts- wettbewerb	Seite 37
Multimedia	Seite 41
Sanierung	Seite 43
Personalien	Seite 44
Ehemalige	Seite 47

Liebe Leserinnen und Leser,

das zurückliegende Wintersemester 2002/2003 war außergewöhnlich reich an Höhepunkten und Besonderheiten. Ich erinnere hier nur an gleich fünf gehaltvolle Abendvorträge (Berichte auf den Seiten 2 bis 7), an das bemerkenswerte Eröffnungsreferat von Bundespräsident a. D. Professor Dr. Roman Herzog hier, an „seiner Hochschule“, auf der Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung (Bericht auf Seite 33) und an den Start des Ergänzungsstudiums „Wissenschaftsmanagement“ (Bericht ab Seite 26). Gerade dieses neu eingerichtete Studium zeigt, dass sich die Hochschule auf dem richtigen Weg befindet und schnell und adäquat auf Bedürfnisse der Wissenschafts- und Hochschulverwaltung reagieren kann.

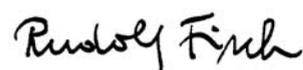
Ebenfalls von besonderer Bedeutung für die Hochschule wird auch die im Berichtssemester in die Wege geleitete Kooperation der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften und des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung mit dem rheinland-pfälzischen Landtag sein (Bericht auf Seite 19).

Top-Thema dieses Heftes ist der „Speyerer Qualitätswettbewerb“, der inzwischen bereits zum sechsten Mal durchgeführt wurde. Am 5. Dezember 2002 schloss er mit der Verleihung des „Oskars für gutes Verwalten“ an gleich zwölf Verwaltungen aus dem deutschsprachigen Raum. Insgesamt hatten sich in den Themenfelder Strategisches Management, Politik und Verwaltung, Bürgerorientierung, Public Private Partnership, Electronic Government, Personalmanagement und Wissensmanagement 50 Verwaltungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz den dem Wettbewerb beteiligt. (Berichte ab Seite 37).

Über den Semesterablauf mit all seinen Höhepunkten wie Abschlussball, Theater- und Ausländerabend sowie über die Veranstaltungen der verwaltungswissenschaftlichen Weiterbildung im Wintersemester 2002/2003 und die Aktivitäten der einzelnen Lehrstühle wird ihnen ebenfalls berichtet..

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr



Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch  
Rektor der DHV Speyer

## Demokratische Macht als Kultur der Mäßigung

### Feierlicher Semestereröffnungsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Paul Kirchhof



Feierliche Semestereröffnung in der voll besetzten Aula...

Zur feierlichen Semestereröffnung hatte die DHV Speyer am 18. November 2002 in die Aula geladen und 500 zum Teil sehr hochrangige Gäste waren der Einladung gefolgt. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Festvortrag des Heidelberger Univ.-Professors Dr. Paul Kirchhof. Kirchhof, ehemals Richter am 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts, gelang es, sein Auditorium mit seinen zum Teil recht kritischen Ausführungen zur „Reformfähigkeit des Staates durch Freiheit und Parlamentarismus“ zu begeistern.

Provokant beleuchtete er vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September 2001, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise und der jüngsten rot-grünen Koalitionsvereinbarungen die Frage, ob wir dem Parlament überhaupt noch Sachverstand für die Lösung von Problemen zutrauen und welche Konsequenzen sich daraus für die Demokratie ergeben.

Exemplarisch legte Kirchhof, ausgehend von der Globalisierungsproblematik, dar, dass aus der Entgrenzung des Denkens, des Raumes und des Kapitalverkehrs letztendlich die Gefahr eines Verlustes

der grundlegenden Wertegemeinschaft drohe. Daraus wiederum erwachsen weitere Gefahren für die Leistungsfähigkeit und damit für die Finanzierungs- und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Eingehend ging Kirchhof auf die notwendigen Grenzen der Freiheit in einer sich entgrenzenden Gesellschaft ein und plädierte nachdrücklich für eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte sowie für die Stärkung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft von morgen. Insbesondere forderte er die stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei Rentenansprüchen und bei der Wiedereingliederung erziehender Väter oder Mütter in den Arbeitsmarkt. „Die Familie trägt als Produzent der Steuer- und Beitragszahler von morgen am meisten zum Erhalt des Staates und der Gesellschaft bei, findet aber keine dieser entscheidenden Funktionen entsprechende Beachtung“, so Kirchhof. Statt dessen sei der Sozialstaat durch ein Übermaß an staatlichem Dirigismus und eine Überproduktion von Normen in

eine bedrohliche Schieflage geraten, die zu immer neuen und langfristig schädlichen Steuer- und Beitragserhöhungen führe.

Kirchhof stellte als derzeitiger Direktor des Heidelberger Instituts für Finanz- und Steuerrecht fest, dass selbst niemand im Finanzministerium wisse, wie viele Steuer- und abgabenbegründende Gesetze im Augenblick überhaupt gültig seien. Die aus dieser Überregulierung entstehenden internationalen Wettbewerbsnachteile würden insbesondere das Klein- und mittelständische Gewerbe bedrohen, da sich diese nicht wie Großunternehmen durch Umverteilung oder Globalisierung dieser Misere entziehen könnten. Abschließend forderte Kirchhof eine Rückbesinnung der Politik auf den Grundsatz der demokratischen Macht als Kultur der Mäßigung.

Das Publikum dankte Kirchhof für seinen eloquenten und fesselnden



... mit spannendem Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Paul Kirchhof  
Fotos: DHV

Vortrag mit ungewöhnlich langem Applaus. Bei dem anschließenden Empfang der Hochschule ergab sich dann noch so manche Gelegenheit für interessante Fragen und Gespräche.

## Abschied eines Königs

### Abschiedsvorlesung als Reisebericht

Zum Ende des Sommersemesters 2002 emeritierte der 1934 geborene Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König. Damit schied ein hochkarätiger Wissenschaftler und ein verdienstvoller Professor aus den Diensten der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer aus. Im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung hielt König am Mittwoch, den 11. Dezember 2002, seine Abschiedsvorlesung in der Aula der DHV Speyer zum Thema „Rückkehr von der Studienfahrt - Verwaltungswissenschaft als Reisebericht“. In dem äußerst spannenden Vortrag zog König eine Bilanz von über 40 Jahren Dienst an den Verwaltungswissenschaften weltweit. Das Auditorium dankte ihm mit lang anhaltendem Applaus für diesen Rückblick und würdigte damit das Lebenswerk eines Gelehrten, der entscheidend zum Profil der Speyerer Hochschule beigetragen hat.

Nach Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, zwei Promotionen und Habilitation kam König 1965 zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Speyerer Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, von wo er in die rheinland-pfälzische

Staatskanzlei wechselte. 1971 wurde er außerordentlicher, 1972 ordentlicher Professor der Speyerer Hochschule, der er von 1974 bis 1976 als Rektor vorstand. Nach seiner Tätigkeit als Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt (1982 bis 1987) kehrte König wieder nach Speyer auf den Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft, Regierungslehre und Öffentliches Recht zurück und leitete 1996-1999 das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

Außergewöhnliche wissenschaftliche Meriten erwarb sich König in den Bereichen Regierung und öffentliche Verwaltung, Verwaltungsmodernisierung; Planung und Gesetzgebung, öffentliche Aufgaben, Regierungs-

und Verwaltungsorganisation; internationale Verwaltungszusammenarbeit und Globalisierung.

König gilt als äußerst gefragter Berater und Forscher bei deutschen, ausländischen und internationalen Einrichtungen, Universitäten und Fortbildungs- und Forschungsinstituten und wird der Hochschule auch nach seiner Emeritierung eng verbunden bleiben.



Univ.-Prof. Dr. Dr. K. König

Foto: DHV

## Auszeichnung für Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König

Ministerpräsident Kurt Beck überreichte Univ.-Prof. Dr. Dr. K. König am 11.2.2003 das große Bundesverdienstkreuz. Beck betonte dabei, dass König das heutige Profil der DHV Speyer und des FÖV entscheidend mitgeprägt habe.

Auch unterstrich Beck das internationale Engagement Königs



in Sachen gute Verwaltung. Seine internationale Reputation drückt sich aus in zahlreichen weltweiten Beraterfunktionen. So fungierte König als Vizepräsident im International Institute of Administrative Sciences, war stellvertretender Vorsitzender der UN-Experten-

gruppe „Öffentliche Verwaltung und Finanzen“, beriet die EU, die Weltbank und die OECD. Insgesamt war König für über 120 Staaten weltweit tätig. Als einziger Ausländer ist er Honorary Fellow an der renommierten amerikanischen National Academy of Public Administration. Beck lobte auch Königs Verdienste um den Aufbau der Staatskanzleien und der Verwaltungen in den neuen Ländern.

## Leben wir in einer gefesselten Republik? Abschiedsvorlesung von Professor Georg-Berndt Oschatz



Abschiedsvorlesung im Audimax

Foto: DHV

Einen Rückblick auf über 30 Jahre erfolgreiche Verwaltungstätigkeit gab am Abend des 15. Januar 2003 Professor Georg-Berndt Oschatz, Direktor des Bundesrates a. D., in seiner Abschiedsvorlesung mit dem Thema „Leben wir in einer gefesselten Republik? – Beobachtungen von Spannungen und Kräften in unserem Staatswesen aus der Praxis des Regierens und Verwaltens“.

Leitmotiv seines Vortrages war das Verhältnis von Gleichheit und Freiheit, das sich in der Bundesrepublik zuungunsten der Freiheit entwickelt habe. Oschatz kritisierte in diesem Zusammenhang besonders die seit dem Ende der 1960er Jahre stetig zunehmende Verrechtlichung der Verwaltung, die mit einem schleichenden Verzicht des Staates auf Autorität einhergehe. Trotz ihres egalitären Ansatzes habe diese nicht zu mehr Rechtssicherheit für den Bürger geführt. Vielmehr zwänge sie den Bürger und den Staat in ein enges und undurchdringliches

Dickicht aus Gesetzen und Vorschriften, das jede Innovation und jedes Engagement zum unberechenbaren Wagnis mache.



Professor Oschatz

Foto: Privat

Das Resultat ist ein augenfälliger Standortnachteil der Bundesrepublik, der Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftler zur Abwanderung ins Ausland bewege. Dieser durch politische Entscheidungen bedingte Nachteil könne auch durch eine noch so gute Verwaltung nicht ausgeglichen werden. Alle Reformen und

Modernisierungen auf dieser Ebene seien nicht mehr als ein „Herumdoktern an Symptomen“, so Oschatz.

Bezüglich der Reformchancen äußerte sich der Professor eher pessimistisch. Das System werde sowohl durch seinen föderalen Charakter als auch durch den immer stärker werdenden Einfluss von Interessengruppen und Parteien auf Staat und Verwaltung stabilisiert, so dass grundlegende Veränderungen kaum durchsetzbar seien. Dennoch sollte erstrebt werden, auf einem Wege der kleinen Schritte zumindest zu versuchen, das gestörte Gleichgewicht zwischen Gleichheits- und Freiheitsprinzip wieder etwas auszugleichen.

Im Anschluss an den Vortrag übergab der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, dem Bürgermeister der niedersächsischen Stadt Viselhövede, Jens Kullik, seine Doktorurkunde. Kullik hatte berufsbegleitend zu seinem Bürgermeisteramt an der Hochschule zum Thema ‚Organisation und Kommunikation im ministeriellen und interministeriellen Leitungsbereich‘ promoviert.

# Deutschlands Rolle in der Welt

## Gastvortrag von Kerstin Müller



Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer, und Staatsministerin Kerstin Müller

Foto: DHV

„Wir stehen vor unglaublich komplexen Herausforderungen, vor Chancen, aber auch Risiken, wie es sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nie zuvor gegeben hat“, stellte Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller an der DHV Speyer fest. Die Spitzenpolitikerin stand am 20. Januar 2003 in der vollbesetzten Aula der Hochschule zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ den Hörerinnen und Hörern in einer Diskussion Rede und Antwort.

In ihrem von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch eingeleiteten Impulsreferat erläuterte Müller zunächst, dass deutsche Außenpolitik immer mehr in einer europäischen Außenpolitik aufgehen wird. Diese müsse dann auf transatlantische Partnerschaft und auf multilaterale Zusammenarbeit setzen. „Schon heute muss sich Deutschland darauf einstellen, sich in Zukunft noch aktiver mit globalen Fragen befassen zu müssen“, so Müller. Langfristiges Ziel sei die Schaffung einer Weltinnenpolitik als neues Konzept einer kooperativen multilateralen internationalen Ordnungspolitik. Auf dem Weg dorthin käme der Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten eine Schlüsselrolle zu.

Dieser Krisenherd stand dann vor dem Hintergrund der Lage am persischen Golf im Mittelpunkt der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion. In ihren Antworten auf die zahlreichen Diskussionsbeiträge der

Studierenden machte Müller deutlich, dass der „11. September“ ähnlich wie das Kriegsende oder der Fall der Mauer eine Stunde Null für die internationale Sicherheitspolitik darstellt. Die Diskussion zeigte, dass der Kampf gegen den Terror eine internationale Koalition zusammengeschmiedet hat, die so noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar gewesen war. Es wurde aber auch klar, dass ein Militärschlag im Irak diese Koalition gegen den Terror gefährden und die gesamte Region destabilisieren könne. Müller unterstrich in diesem Zusammenhang, dass ein neuer Golfkrieg keine überzeugende Perspektive für die Zukunft des Iraks eröffne, sondern die gesamte Region bei einem Zerfall des Iraks destabilisieren könne.

Intensiv nutzten die Hörerinnen und Hörer die Gelegenheit, die Staatsministerin in zwangloser Atmosphäre nach völkerrechtlichen Aspekten im Zusammenhang mit der Irakkrise zu befragen.

Als die Veranstaltung dann mit einem kleinen Empfang mit Speyerer Brezeln und Wein ausklang, zeigten sich sowohl Frau Müller als auch die Hörerinnen und Hörer zufrieden über den Verlauf der Diskussion. Besonders beeindruckt zeigte sich die Staatsministerin über das Lehrangebot der DHV Speyer, das viele der im Verlaufe des Abends thematisierten Fragen abdeckt.

## Zivil-militärische Kooperation in der Praxis

### Abendvortrag von Generalmajor Wolf-Dieter Löser

Für den 8. Januar 2003 hatte der Rektor der DHV Speyer zum Abendvortrag eingeladen. Unter den vielen Gästen waren zahlreiche ranghohe Offiziere der Bundeswehr. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Generalmajor Wolf-Dieter Löser zur Bundeswehr im Auslands- und Katastropheneinsatz am Beispiel seiner in Leipzig beheimateten Division. Löser's 13. Panzergrenadierdivision hat sich 2002 durch ihre Beteiligung am KFOR-Einsatz auf dem Balkan und bei der Bekämpfung des Jahrhunderthochwassers in den neuen Ländern ausgezeichnet, so dass der General aus eigener Erfahrung über viele interessante Details und Entwicklungen berichten konnte.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Strategie der NATO in den

Löser, dessen Division bald die Verantwortung für alle deutschen Auslandseinsätze übernehmen wird, erläuterte zunächst die logistischen Probleme, die sich aus der zeitlichen Parallelität mehrerer und verschiedenartiger Einsätze ergeben.

Mitentscheidend für den Erfolg sei aber auch die Zusammenarbeit mit den Behörden vor Ort. Hier ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte zur Arbeit der DHV Speyer, auf deren Lehrplan die zivil- mili-



Generalmajor Löser

Foto: DHV

immer mehr Bereichen in die Eigenverantwortung der Bevölkerung der Krisenregionen ein neues Verantwortungsgefühl und wirtschaftlichen Aufschwung.

Eindringlich plädierte Löser dafür, die Führungs- und Transportfähigkeit der Bundeswehr zu sichern. Diese Investitionen zahlen sich nicht nur bei Auslandseinsätzen aus. Ebenso wie CIMIC-Elemente sind sie auch wichtig für Inlandseinsätze der Bundeswehr, etwa bei der Katastrophenbekämpfung.

Mit umfangreichem Bildmaterial berichtete der General von der Bekämpfung des Jahrhunderthochwassers in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Für die Hochschule besonders interessant waren hier seine Ausführungen zur zivil-militärischen Kooperation auf der Ebene der Kreise und Regierungsbezirke. Dort ist aus Sicht Löser's noch einiges in den Entscheidungsabläufen zu verbessern.

Gerne griff Rektor Fisch die Anregungen Löser's auf. Er verwies auf ein Projekt der Hochschule, das es Hörerinnen und Hörern ermöglicht, ihre CIMIC-Kenntnisse beim 'Office of the High Representative' in Bosnien-Herzegowina in der Praxis zu erproben.



Gut gefüllte Aula für einen fesselnden Vortrag

Fotos: DHV

1980er Jahre erläuterte Löser den seit 1990 erfolgten Paradigmenwechsel im Auftrag der Bundeswehr vor dem Hintergrund von Terror, Proliferation, Migration und organisierter Kriminalität. Heute übernimmt die Bundeswehr auch Aufgaben zur Sicherung des Weltfriedens und der Stabilität.

tärische Kooperation (CIMIC) schon seit langem steht. „Erfolgreich durchgeführte CIMIC schafft ein sicheres Umfeld auch für die Soldaten und erhöht ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung auch in fremden Ländern“, so der General. Darüber hinaus erzeuge sie aber auch durch die Überführung von

## Perspektiven kommunaler Selbstverwaltung bei leeren Kassen

### Gastvortrag von Ministerialdirigent Rudolf Oster



Ministerialdirigent Oster erläutert die Finanzentwicklung

Zum Abschluss der von Professor Dr. Gunnar Schwarting geleiteten projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft A 522 „Haushaltskonsolidierung auf kommunaler Ebene“ fand am 29. Januar 2003 im runden Vortragssaal der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ein hochschülöffentlichlicher Vortrag von Ministerialdirigent Rudolf Oster statt.

Ministerialdirigent Oster referierte zum Thema „Kommunen vor dem Ruin? Perspektiven kommunaler Selbstverwaltung bei leeren Kassen“ und ließ die Hörerinnen und Hörer dabei an seinem reichhaltigen Erfahrungsschatz in diesem Bereich teilhaben. Für die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft, die im Rahmen der Lehrveranstaltung die Kommunalverwaltung der Stadt „K“ im Rahmen eines Planspiels simuliert hatten, bestand im Anschluss an den Vortrag die Gelegenheit zu einer lebhaften Diskussion mit Oster, der bald gegenüber dieser Kommunalverwaltung von „K“ die Rolle einer Landesverwaltung einnahm und so das Problemfeld der Beziehung von Landes- und Kommunalverwaltung noch weiter verdeutlichen konnte.

Am Ende der Veranstaltung dankten die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer ausdrücklich Oster für den interessanten Vortrag. Anschließend honorierten sie als „Bürgerschaft von K“ auf Antrag ihres „Bürgermeisters“ Professor Dr. Schwarting sein Engagement mit der Ehrenbürgerschaft ihrer Stadt.



Übergabe der Ehrenbürgerschaft an Professor Dr. Schwarting durch den „Bürgermeister von K“ Fotos: DHV

## Zur Dauer verwaltungsgerichtlicher Verfahren in ausgewählten Bundesländern

Am 10. Oktober 2002 hielt Univ.-Professor Dr. Detlef Merten anlässlich der jährlichen Tagung der Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe in Frankfurt (Oder) einen Vortrag über die Vereinbarkeit der zunehmenden Dauer verwaltungsgerichtlicher Verfahren mit dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes.

Merten stellte im Rahmen seines Vortrags die Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor, das unter seiner wissenschaftlichen Leitung unter Mitarbeit von Herrn Klaus Bonikowski, Richter am Verwaltungsgericht Koblenz durchgeführt wird. Anknüpfend an ein Studie Ules aus dem Jahr 1977 wurde die Dauer der verwaltungsgerichtlichen Verfahren in ausgewählten Bundesländern, u.a. Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg untersucht.

Zu den Hauptursachen der bundesweit stark angestiegenen Laufzeiten bei den Verwaltungsgerichten zählt der Geschäftsanfall der letzten zehn Jahre. Vor allem durch die in den Jahren 1992 bis 1994 zum Teil verdoppelten Zugänge von Asylverfahren wurden die Verwaltungsgerichte geradezu überflutet. Die Reaktionen der Länder auf diesen beinahe explosionsartigen Zuwachs der Verfahren waren sehr unterschiedlich. In Bayern und Rheinland-Pfalz wurden beispielsweise neue Richter eingestellt, während andere Länder eine ausreichende personelle Verstärkung ihrer Verwaltungsgerichtsbarkeit unterließen. Dies hat zur Folge, daß sich in diesen Ländern eine ständig wachsende Zahl unerledigter Fälle ansammelt, was zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen Verlängerung der Verfahrensdauer geführt hat.

## Start ins Wintersemester 2002/2003 und in die Prüfungsphase des 28. Magisterjahrgangs



Auf der Suche nach erster Orientierung ...

Am Montag, den 4. November 2002, war es an der DHV Speyer wieder soweit. Für 541 Hörerinnen und Hörer aus allen Bundesländern und 23 ausländischen Staaten begann der Studienalltag. Unmittelbar nach Abschluss der Einschreibung begrüßten der Prorektor der Hochschule, Universitätsprofessor Dr. Hermann Hill, und der Beigeordnete Rolf Wunder für die Stadt Speyer die Hörerinnen und Hörer, bevor Dr. Klauspeter Strohm vom Rektorat der Hochschule wichtige Informationen und Tipps für den Semesterstart gab.

Im Anschluss an die Semesterantrittsversammlung bestimmte die Hörschaft in ihrer ersten Vollversammlung noch unter der Leitung des Hörsprechers des vergangenen Semesters, Stephan Dahm, ihre Vertreter für das Wintersemester 2002/2003. Zum neuen Hörsprecher wurde Peter Heuschen gewählt. Darüber hinaus wurden folgende Hörerinnen und Hörer zu Referenten bestimmt: Josef Kulozik (Finanzreferent), Christian Walter (EDV-Referent), Steffen Utziger (Medienreferent), Axel Schumacher (Festreferent), Thorsten Behle (Kulturreferent), Gregor Klusmann (Sportreferent) und Szilvia Schelenhaus (Ausländerreferentin). Daneben bestimmte die Hörschaft ihre Vertreterinnen und Vertreter für den Fachausschuss für Studium und Lehre, den Ausschuss für Frauenfragen, den Ausschuss für das Aufbaustudium, für

die Berufungskommissionen, die Ethikkommission, die Kommission für die Landesgraduiertenförderung sowie den Bibliotheksvorstand. Bereits in der ersten Semesterwoche nahm die neue Hörschaftsvertretung ihre Arbeit auf und besprach in einer gemeinsamen Sitzung mit Angehörigen der Hochschulverwaltung unter dem Vorsitz des Prorektors technische Details des Semesterablaufs.

Am 19. November 2003 wählte dann die Hörschaft auch noch ihre Vertreter im Senat der Hochschule. Bei einer Wahlbeteiligung von 36,3 % wurden in den Senat der DHV Speyer gewählt: Miriam Ebert, Cédric Muth und Angela Spoun. Zu stellvertretenden Senatsmitgliedern wurden Holger Henkel, Christian Finke und Peter Neupert bestimmt.

### Start der Prüfungsphase

Zwei Monate später begann im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium mit der Ausgabe der Themen der Magisterarbeiten am 31. Januar 2003 die heiße Prüfungsphase. An der Abschlussprüfung nahmen 48 Kandidatinnen und Kandidaten teil (33 Deutsche und 15 Ausländer). Die mündlichen Prüfungen fanden am 28. und 29. April 2003 statt, am Abend des 29. April 2003 wurden dann die Magisterurkunden feierlich übergeben.



... ist jeder Tipp wertvoll - Dr. Strohm informiert über das Studium und den Semesterablauf an der DHV Speyer  
Fotos: DHV

## Studienprogramm für ausländische Hörer

### Ausländische Studierende, Aufbauhörer und Doktoranden

Im Wintersemester 2002/03 studierten insgesamt 34 ausländische Hörerinnen und Hörer an der DHV Speyer. Die dazu gehörenden 15 Aufbaustudentinnen und -studenten schlossen die vom 28. - 29. April 2003 stattgefundene Magisterprüfung mit teilweise beachtlichen Erfolgen ab. Den mit 1.000 Euro dotierten Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der vom Senatsbeauftragten für das Ausländer-Aufbaustudium für hervorragende Studienleistungen eingeworben worden war, erhielt in diesem Prüfungsjahrgang Herr Titos Markopoulos aus Griechenland. Das zweitbeste Ergebnis erzielte Frau Sylvia Piatak-Glawe aus Polen, die dafür den Preis der Hochschulvereinigung erhielt.

Zum Kreis der an der DHV immatrikulierten Doktoranden sind weitere drei ausländische Akademikerinnen und Akademiker hinzugekommen: Herr Hwan Hak Kim aus Südkorea, Frau Angela Pislaru aus Moldawien sowie Frau Elizaveta Vesselova aus Russland. Somit studieren derzeit insgesamt zwölf ausländische Doktorandinnen und Doktoranden an der DHV Speyer, von denen sieben von Herrn Professor Dr. Rainer Pitschas betreut werden. Herr Ronaldo Augusto Campos Pessao aus Brasilien sowie Herr Eko Prasajo aus Indonesien haben mittlerweile ihr Promotionsstudium mit Erfolg abgeschlossen und sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Mit dem Ziel, zum Sommersemester 2003 am verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium teilzunehmen, waren im vergangenen Wintersemester auch fünf

„verwaltungswissenschaftliche Anfänger“ immatrikuliert. Obwohl es in diesem Wintersemester erstmalig nicht mehr zum Pflichtprogramm des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums gehörte, vorab ein sogenanntes „Vorsemester“ zu absolvieren, nutzten die fünf neuen Studenten aus Georgien, Kirgisistan, Algerien, Spanien und Bulgarien das weiterhin bestehende Angebot der Hochschule, ein dem Erwerb noch fehlender verwaltungswissenschaftlicher Vorkenntnisse dienendes Vorbereitungssemester zu absolvieren.

### Ausländer-Aufbaustudium

Offizieller Auftakt der außercurricularen Aktivitäten war der vom internationalen Studienprogramm organisierte Begrüßungsabend, der am 03.12.2002 stattfand. Aufgrund der Neubauarbeiten in der Taberna musste dieser im Rahmen einer Weihnachtsfeier organisierte Abend, zu dem neben den ausländischen Studierenden wie immer auch die Speyerer „Gasteltern“ eingeladen waren, erstmals im Foyer des Gästehauses stattfinden. Insbesondere dem Engagement von Frau Gerhardt, die ein reichhaltiges Buffet organisierte

und für die dem Anlass entsprechende Dekoration sorgte, war es jedoch zu verdanken, dass auch diese Feier von einer überaus an-



Begrüßung der Gasteltern durch Univ.-Prof. Dr. Pitschas

genehmen weihnachtlichen Atmosphäre begleitet war. In seiner Ansprache hieß der Senatsbeauftragte für das internationale Studienprogramm, Herr Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, die neu eingetroffenen ausländischen „verwaltungswissenschaftlichen Anfänger“ an der DHV herzlich willkommen und wünschte den nun im zweiten Semester studierenden Aufbaustudentinnen und Aufbaustudenten aus der Fremde viel Erfolg im kommenden Semester und in den sich daran anschließenden Magisterprüfungen. Darüber hinaus bedankte sich Pitschas bei den Speyer-



Freundliche Einführung in deutsches Adventsbrauchtum bei der Weihnachtsfeier für die ausländischen Hörer

erer „Gasteltern“ für ihr seit Jahren bestehendes Engagement zur Einbindung der ausländischen Studie-



Auch junge ausländische Gäste genießen das reichhaltige Angebot der Hochschule

renden in bestehende soziale Netzwerke des Speyerer Umfelds. Nach einem gemeinsamen Abendessen moderierte Herr Laurency, der Referent für das internationale Studienprogramm, eine kleine „Kennenlernrunde“, bei der sich die neuen Studierenden sowie die „Gasteltern“ einander vorstellten. Daran anschließende persönliche Gespräche dehnten sich bis kurz vor Mitternacht aus und fanden in einigen Fällen in den Wochen danach, so z. B. im Rahmen des deutsch-französischen Stammtisches, zu dem einige ausländische Studierende von den Gasteltern eingeladen wurden, auch ihre Fortsetzung.

Nicht lange im Anschluss an diesen gelungenen Abend unternahm das Referat für das internationale Studienprogramm am 11.12.2002 eine Exkursion zu der Barockstadt Ludwigsburg. Dort boten sich für die ausländischen Studierenden gleich mehrere Gelegenheiten, Eindrücke deutscher Traditionen auch außerhalb der Verwaltungswissenschaften gewinnen zu können. Erstes Ziel der Traditionsvermittlung in Ludwigsburg war natürlich das barocke Residenzschloss. Ob je-

doch die Vermittlung von deutscher Geschichte mit dem schwäbischen Dialekt unseres Schlossführers bei unseren ausländischen Studierenden tatsächlich zu einem Verständnis von barocken Lebensgewohnheiten geführt hat, darf dahingestellt bleiben. Nachdem wohl alle von der schwungvollen Barockkunst Begeisterten mit den während der Schlossbesichtigung vorherrschenden frostigen

Temperaturen gekämpft hatten, bot das anschließende Einkehren in einer der Traditionsgaststätten Ludwigsburgs eine willkommene Gelegenheit, sich bei Kässpätzle, Zwiebelrostbraten und gestauchtem Bier wieder etwas aufzuwärmen und sich für die anschließende Stadtführung fit zu machen. Der weniger schwäbelnde und daher besser verständliche Stadtführer bereicherte den Spaziergang der Besucher aus Speyer mit vielen interessanten historischen Berichten über die Lebensgewohnheiten der nichtadligen Ludwigsburger Bürger im Zeitalter des Absolutismus. Während einige wenige im Anschluss an die Stadtführung den Rest des kalten Tages wieder im Warmen bei Kaffee und Kuchen verbrachten, nahmen die weiterhin neugierigen Akademiker die Gelegenheit wahr, die anschaulichen Erzählungen des Stadtführers über einen Besuch

des barocken Weihnachtsmarktes nochmals aufleben zu lassen. Die Rückkehr der Exkursionsteilnehmer, zu denen neben den ausländischen Aufbaustudenten und Doktoranden und dem Referat für das internationale Studienprogramm auch Herr Professor Dr. Pitschas sowie der koreanische Gastprofessor Dr. Ik-Sup Shim gehörten, erfolgte in Speyer gegen 18.00 Uhr, so dass zur Abrundung dieses schönen und kalten Tages noch die Gelegenheit bestand, die Abschiedsvorlesung von Herrn Professor Dr. König zu besuchen.

Ein weiterer Höhepunkt des internationalen Studienprogramms war am 24. Januar 2003 der kolumbianische Abend, der in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Kolumbianischen Freundeskreis e. V. von der ausländischen Aufbauhörerin Frau Rocio Araújo sowie deren Gasteltern, Frau Nancy Var-



Gemütliches Zusammensein am Kolumbienabend

gas Avila und Herrn Reinhard Zink organisiert wurde. Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte der Senatsbeauftragte für das internationale Studienprogramm, Univ.-Professor Dr. Pitschas, nicht nur die ausländischen Studierenden sowie deren Gasteltern, sondern auch viele andere Interessierte der Hochschule, aus der Speyerer Umgebung sowie aus Kolumbien. Nach den damit verbundenen Ein-

führungsbemerkungen über die gegenwärtige und mögliche zukünftige Rolle Kolumbiens erlebten alle Anwesenden eine anschauliche wie kompetente Vorstellung in ausgewählte Aspekte der kolumbianischen Kultur und Politik. Zu danken ist hier insbesondere Frau Rocio Araújo für ihre umfassende Überblicksdarstellung der gegenwärtigen geo- und sozialpolitischen Lage Kolumbiens sowie Herrn Oberstudienrat Reinhard Zink für seine anschauliche Vorführung verschiedener Kunstgegenstände aus der Zeit der frühen Inkakulturen. Im Anschluss an die Vorträge bestand für die Gäste die Möglichkeit, sich an mehreren „Infoständen“ mit den in den Vorträgen vorgestellten Aspekten der kolumbianischen Kunst und Kultur weiter vertraut zu machen sowie an einem von Frau Vargas Avila angeordneten Buffet einige kulinarische Köstlichkeiten aus Kolumbien zu kosten. Verständlicherweise hat der letzte Gast diesen gelungenen Abend nicht vor Mitternacht verlassen.

## Tutorium für ausländische Aufbauhörerinnen und Aufbauhörer

Die wissenschaftliche Betreuung der ausländischen Aufbauhörerinnen und -hörer übernahm der Referent für das internationale Studienprogramm, Herr M. A. Patrick Laurency, Mag. rer. publ., im Rahmen des von ihm geleiteten dreistündigen Tutoriums sowie der wöchentlich stattfindenden Sprechstunden. Da die 15 Aufbauhörerinnen und -hörer in der ersten Hälfte des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums die notwendigen verwaltungswissenschaftlichen Grundkenntnisse

sich aneignen und im Rahmen der im Sommer 2002 stattgefundenen Verwaltungspraktika mittlerweile auch kritisch hinterfragen konnten, erschien es angemessen, diesem Kreis der Teilnehmer bei der Durchführung des Tutoriums eine stärkere Eigenbeteiligung als noch



R. Zink, Vargas Avila, Univ.-Prof. Dr. R. Pitschas, Aranja Onate, P. Laurency, G. Gerhardt (v. l.)  
Fotos: DHV

im vergangenen Sommersemester zukommen zu lassen. Eine aktive Rolle der zukünftigen Magisterkandidatinnen- und kandidaten wurde schließlich im Rahmen einer Prüfungssimulation realisiert, zu der an mehreren Terminen auch einige wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen wurden, um in ihren jeweiligen Spezialgebieten zusammen mit Herrn Laurency die Rolle der Prüferinnen und Prüfer der mündlichen Magisterprüfung zu übernehmen. Pro Termin wurden zwei mündliche Prüfungen durchgeführt, im Rahmen derer der jeweilige Prüfling einen zehnmütigen Vortrag zu halten und sich daraufhin den Fragen von drei Prüfern zu stellen hatte. Dabei bestand ein Lerneffekt sicherlich nicht nur für die beiden jeweiligen Prüflinge oder für die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die sich für diese Sitzungen mehr oder weniger intensiv vorbereitet hatten, sondern ganz im Sinne eines Vorbereitungssemesters natürlich auch für die fünf neuen Ergänzungshörer. Die Themen, die eine Woche vor den jeweiligen Referatsterminen

bekannt gegeben wurden, waren im Hinblick auf die baldige Rückkehr der ausländischen Aufbauhörerinnen und Aufbauhörer in ihre Heimatländer häufig auch aus einer vergleichenden Perspektive heraus formuliert worden. Die von den Referenten vorgestellten Themen und die anschließenden Fragen der Prüfer zu Themen wie beispielsweise: „Welche personalwirtschaftlichen Probleme bringt der Verwaltungsumbau unter den Bedingungen der Systemtransformation in Russland mit sich? Welche Unterschiede bestehen hinsichtlich der Personalprobleme bei der Verwaltungstransformation der DDR?“ wurden

dabei im Anschluss an die eigentliche Prüfung nicht nur im Plenum zusammen mit den Studenten des Vorbereitungssemesters diskutiert, sondern auch in einem wöchentlich erstellten Sitzungsprotokoll festgehalten. Insgesamt gesehen ist das Tutorium für ausländische Hörerinnen und Hörer auch in diesem Wintersemester wieder ein gewichtiger Bestandteil der umfangreichen Betreuung gewesen, welche die ausländischen Aufbauhörerinnen und -hörer von Seiten der Hochschule erhalten. Für eine aktive Unterstützung des internationalen Studienprogramms gilt den Wiss. Mitarbeitern/innen Herrn Carsten Brenski, Frau Stefanie Gille, Herrn Alexander Hewer, Herrn Burkhard Margies, Herrn Dr. Egon Riffel, Herrn Oliver Schmidt, Frau Annette Schorr, Herrn Martin Schurig, Herrn Hans-Peter Wabro sowie Frau Marion Weschka ein besonderer Dank.

(Der Senatsbeauftragte für das Ausländer-(Aufbau-)Studium)

## Lokale Agenda 21 in Theorie und Praxis

### Seminar zur Umweltsoziologie besucht Agenda-Koordinatoren in Ludwigshafen\*



Daniel Bannasch und Werner Appel (v. l.) Fotos: Margies

Wie kommt der Agenda-21-Prozess in Ludwigshafen voran? Welche Schwierigkeiten sind für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu überwinden? Die Industriestadt Ludwigshafen diente Hörerinnen und Hörern der DHV als Anschauungsobjekt für die Tücken der Implementation von lokalen Programmen zur nachhaltigen Entwicklung. Zu diesem Zweck diskutierte das Seminar „Schutz der Umwelt durch den Einzelnen, durch Wirtschaft und Politik – sozialwissenschaftliche Perspektiven“ von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen im Sommersemester 2002 mit Da-

niel Bannasch vom bürgerschaftlich organisierten Agenda-Büro Ludwigshafen und Werner Appel, dem Agenda-Beauftragten der Stadtverwaltung.

Das Seminarprogramm hatte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgiebig auf diese Exkursion vorbereitet. Ausgehend von soziologischen und ökonomischen Handlungstheorien wurden unterschiedliche umweltpolitische Steuerungsinstrumente vorgestellt und diskutiert. Die Palette reichte von „harten“ ordnungsrechtlichen Vorgaben bis zu „weichen“ Verfahren wie der Umweltmediation. Die jeweiligen Vor- und Nachteile sowie Einsatzmöglichkeiten wurden in angeregten Diskussionen, die teilweise durch Rollenspiele aufgelockert waren, analysiert.

Der Blick in die Praxis bot weitere Vertiefungen. Daniel Bannasch schilderte die Arbeit der vom Agenda-Büro koordinierten Foren und Gespräche zu Themen wie Energie, Stadtentwicklung, Wirtschaft oder Kinder und Jugendliche. Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden sind hier oftmals leichter als einzelne Bürger zur Mitarbeit anzuregen. Zur Umsetzung konkreter Projekte muss es außerdem gelingen, unübersichtliche Interessenlagen in Politik und Verwaltung auszugleichen.

Werner Appel wies unter anderem auf die Wichtigkeit des Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene hin. Die Vernetzung von Agenda-Aktivitäten mit Unternehmen aus der Region wächst. Für Firmen ist das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung auch wegen des damit verbundenen Image-Gewinns interessant. Verwaltung intern wirft die Komplexität der Kommunen oft Probleme auf. Die lokale Agenda 21 sei aber auf dem Weg, regelmäßiger Bestandteil kommunalpolitischer Entscheidungen im Sinne eines „Agenda mainstreaming“ zu werden.

Die Hörerinnen und Hörer waren von den Berichten der Praktiker beeindruckt. Auf die Referate folgte eine angeregte Diskussion, bei der die organisatorischen und zielgruppenspezifischen Bedingungen der Agenda-Arbeit nochmals hinterfragt wurden. Das persönliche Verhältnis der Akteure sei offenbar für die erfolgreiche Agenda-Arbeit besonders wichtig, resümierte ein Hörer.

*Burkhard Margies*



„Tragedy of the Commons“: wie gelingt die Bewirtschaftung eines Gemeinschaftsguts?

\* Der Artikel bezieht sich auf das Seminar von Universitätsprofessorin Dr. D. Jansen im Sommersemester 2002 und sollte bereits im SpeyerJournal Nr. 1 erscheinen.

## Theorie und Praxis außergerichtlicher Konfliktlösung



Markus Hertlein und Marc Pfeiffer vom Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums Flughafen Frankfurt Foto: Margies

In der Juristenausbildung haben so genannte Schlüsselqualifikationen wie Verhandlungsmanagement, Streitschlichtung oder Mediation durch die jüngsten Reformen stärkeres Gewicht bekommen. Doch was gilt es zu beachten, wenn ein Konflikt außerhalb des Gerichtssaals erfolgreich beigelegt werden soll? Wie wird eine Vertragsbeziehung von vornherein so gestaltet, dass später auftretende Streitigkeiten einvernehmlich gelöst werden können? Erkenntnisse der Soziologie und Sozialpsychologie zur Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen heranzuziehen war die Zielsetzung des Seminars „Verhandeln und Vermitteln als Alternativen zur gerichtlichen Konfliktbearbeitung“.

Unter der Leitung von Frau Univ.-Prof. Jansen erarbeiteten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst theoretisches Grundlagenwissen über Gerechtigkeit, Konflikttypen und Verhandlungsstrategien. Mit diesem – für Juristen etwas ungewohnten – Rüstzeug machten sie sich dann an die Analyse von Beispielfällen aus der Mediations- und Schlichtungspraxis heran.

Auch externer Sachverstand wurde herangezogen: Im Rahmen einer Exkursion besuchte das Seminar das Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums Flughafen Frankfurt, dessen Einrichtung Bestandteil des in dem Mediationsverfahren um den Frankfurter Flughafen verabschiedeten Mediationspakets war. Markus Hertlein und Marc Pfeiffer vom Team des Bürgerbüros informierten die Hörerinnen und Hörer über das Frankfurter Mediationsverfahren. Auf Basis der in Frankfurt gesammelten Erfahrungen arbeiteten sie wesentliche Faktoren für den Erfolg von Mediationsverfahren im Bereich gesellschaftlicher Konflikte heraus. Besonders

wichtig sind die Einbindung unterschiedlichster Interessengruppen in das Beteiligungsverfahren und ein hohes Maß an Transparenz des Verfahrens. Eine Herausforderung ist auch die Abstimmung von Mediations- und Dialogverfahren mit formalen Verfahren der politischen und administrativen Entscheidungsfindung. In der dem Vortrag folgenden Diskussion mussten Herr Hertlein und Herr Pfeiffer auch einige kritische Fragen parieren. So sehen sie den Sinn des Frankfurter Mediationsverfahrens vornehmlich in der Befriedung des Konflikts sowie im Finden eines breit getragenen Konsenses für das erarbeitete Mediationsergebnis.

Auch im Bereich des Privatrechts bekommen Mediations- und Schlichtungsverfahren immer größere Bedeutung, insbesondere wenn die Vertragsparteien unterschiedlichen Rechtssystemen angehören. Als externen Referenten zu diesem Themenkreis konnte Frau Prof. Jansen Herrn Matthias Wolkewitz, Leiter der Abteilung Recht der Wintershall AG, Kassel, gewinnen. Sein spannender Vortrag trug den Titel „Streitbeilegung in der Praxis eines Wirtschaftsunternehmens“. Herr Wolkewitz vermittelte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen tiefen Einblick in die Praxis der Gestaltung langfristiger internationaler Vertragsbeziehungen. Hier können Verträge nicht vollständig sein, schon weil es – je nach Herkunftsland des Vertragspartners und Vertragsgegenstand – sehr unsicher sein kann, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen in 20 Jahren noch mit den heutigen übereinstimmen. Statt strikter inhaltlicher Festlegungen werden in diesen Fällen eher Verfahren zur einvernehmlichen Änderung des Vertragsinhalts vereinbart. Der Vortrag von Herrn Wolkewitz im Rahmen des Seminars war für die interessierte Hochschulöffentlichkeit zugänglich.

Als Resümee des Vortrags und der anschließenden Diskussion mahnte Herr Wolkewitz das Auditorium: „Man kann niemanden zur Schlichtung zwingen!“. Dieses Erkenntnis des Praktikers vermag die Hoffnung ein wenig zu schmälern, die mancherorts in die formale Regelung alternativer Verfahren zur Konfliktbeilegung gesetzt wird.

*Burkhard Margies*

## Blick in die Praxis der Reform der Kulturförderung



Professor Dr. Alfred Wieczorek schildert die politische Seite der Kulturarbeit

Foto: Margies

Kann es gelingen, die Unabhängigkeit einer Kultureinrichtung auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel zu bewahren? Wie sieht innovatives Kulturmanagement in der Praxis aus? Antworten auf diese Fragen erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „Organisationsformen und -probleme öffentlicher Kultur- und Forschungseinrichtungen“ im Rahmen einer Exkursion zu den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim.

Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen hatte den leitenden Direktor und Vorstandsvorsitzenden der Reiss-Engelhorn-Museen, Herrn Prof. Dr. Alfred Wieczorek für einen Vortrag zum neuen Stiftungskonzept der Museen gewinnen können. Prof. Wieczorek erläuterte Vor- und Nachteile öffentlicher oder privater Trägerschaftsmodelle für Kultureinrichtungen. Durch das

neue Stiftungskonzept der Reiss-Engelhorn-Museen wird organisationelle Flexibilität im künstlerisch-wissenschaftlichen Bereich mit Stabilität für den laufenden Unterhalt der Museen vereint. Im Mittelpunkt des Vortrags stand der erfolgreiche Verhandlungsprozess, der zu einer politischen Mehrheit für das neue Organisationsmodell führte.

Die große Verwandtschaft der Probleme von Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen überraschte die Besucher aus Speyer, die überwiegend im Ergänzungstudium Wissenschaftsmanagement eingeschrieben waren. Für ihre eigene berufliche Arbeit konnten sie aus dem Vortrag zum Museumsmanagement viel mitnehmen.

*Burkhard Margies*

## Transatlantische Live-Diskussion über die Zukunft Europas und der NATO

Dank modernster Übertragungstechniken fanden am 20. November und am 4. Dezember 2002 lebhaftige Diskussionen über die Zukunft Europas und der NATO zwischen Hörern der DHV und amerikanischen Studenten der School of Public and Environmental Affairs der Indiana University in Bloomington, Indiana/USA, statt.

Zwei in englischer Sprache durchgeführte Video-Konferenzen ermöglichten den Studenten der beiden Hochschulen lebhaftige Diskussionen „über den großen Teich“.

Die Teilnehmer erhielten die Gelegenheit, ausgewählte Fragen, die sich aus der zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ergeben, mit ihren amerikanischen „Kollegen“ zu erörtern.

Die beiden von Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne initiierten Videokonferenzen wurden in dieser Form erstmalig durchgeführt und fanden im Rahmen der Vorlesung zur Einführung in die Verwaltungswissenschaft statt. Ziel der

Veranstaltungen war, durch die vergleichende Perspektive den Blick der Hörer für Probleme und Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zu schärfen.

Ermutigt von der überaus positiven Resonanz, planen Univ.-Professor Dr. Bohne und sein amerikanischer Kollege, Professor Randall Baker, für die kommenden Semester weitere, durch gemeinsame Videokonferenzen unterstützte Seminare.

# Gelungener Winterball

Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte: Am 24. Januar 2003 fand der traditionelle Ball der Hochschule statt, zu dem Hörschaft, Rektor und der Speyerer Oberbürgermeister als Vorsitzender der Hochschulvereinigung eingeladen hatten. Wie in jedem Semester war die Hochschule und insbesondere die Aula festlich geschmückt. Neben den vielfältigen Highlights und Präsentationen war für die Gäste selbstverständlich der eigene Tanz das Wichtigste und machte allen sichtlich viel Spaß und gute Laune. Die



schwungvolle Band heizte bis in den frühen Morgen den Gästen mit heißen Rhythmen ein, und auch für das leibliche Wohl der Gäste war



hervorragend gesorgt. Ein reichhaltiges Buffet ermöglichte es bis in die späte Nacht



hinein, sich nach anstrengendem Tanz zu stärken. Selbstverständlich war auch für den Durst ge



Fotos: DHV

sorgt, so dass in den frühen Morgenstunden nach viel Unterhaltung, Kurzweil und kulinarischem Genuss eine hervorragend gelungene Veranstaltung zu Ende ging.



## Ein Abend im Studio Speyer Aufführung der Theatergruppe der Hörerschaft

Am Abend des 28. Januar 2003 verwandelte die Theatergruppe der Hörerschaft das Audimax in ein Fernsehstudio und gestaltete dort einen bunten Fernsehabend. Das Programm war äußerst bunt. Es reichte von der Quizshow „Wer wird Doktorand“, über Reality-TV-Szenen vom Speyerer Campus und Gerichts-TV bis hin zur musikalischen Einlage eines „Speyer-Raps“. Höhepunkt des Abends war indessen die Besprechung des BGB durch ein literarisches Quartett, die völlig ungeahnte sprachliche und inhaltliche Aspekte dieses deutschen Bestsellers aufzeigte.

Die Leistung und das außergewöhnlich hohe Engagement der an der Aufführung beteiligten Hörerinnen und Hörer war durchweg beeindruckend und wurde vom Publikum verdienstermaßen mit langem Applaus honoriert. Beeindruckend waren aber auch die dargebotenen und durchweg selbstverfassten Episoden sowie der Einsatz modernster Computertechnik, die etwa bei der Projektion der Fragen und Antwortoptionen in der Quizshow zum Einsatz kam.



## Neues EDV-System für die Bibliothek

Die Bibliothek der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hatte im Januar 2002 bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen HFBG-Antrag zur Beschaffung eines EDV-Lokalsystems eingereicht. Der Antrag wurde Anfang dieses Jahres nun bewilligt. Die Bibliothek wird noch in diesem Jahr mit der Umstellung des OPAC (Open Public Access Catalogue) beginnen. Darüber hinaus ist bereits für das Jahr 2004 die Einführung der Bestellkatalogisierung und einer elektronischen Ausleihverbuchung geplant.

Damit wird sich der Benutzerservice erheblich verbessern. Dank der neuen Technik können zukünftig auch bereits bestellte Bücher im OPAC

nachgewiesen und recherchiert werden. Es wird dann dem Bibliotheksbenutzer der jeweilige Status der Medien (z.B. bestellt, verliehen, Sonderstandort, ggf. Anzahl der Vormerkungen etc.) angezeigt werden. Darüber hinaus besteht dann für den Benutzer die Möglichkeit, selbst Vormerkungen zu tätigen. Insgesamt also eine deutliche Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit und der Kundenorientierung in der größten verwaltungswissenschaftlichen Spezialbibliothek der Bundesrepublik Deutschland.

*Sybille Wanda*

### Zulassung des Magisterjahrgangs 2003/2004

Zum 29. Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums wurden 36 deutsche Hörerinnen und Hörer (19 Juristen, 14 Sozial- und drei Wirtschaftswissenschaftler) zugelassen. Zusammen mit 16 ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum Teil bereits ein erfolgreiches verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer absolviert haben, nehmen gut 50 handverlesene Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem in Deutschland einmaligen Aufbaustudiengang teil. Einige nachträgliche Zulassungen von deutschen und ausländischen Studienbewerbern werden sicherlich noch im Laufe des Monats April erfolgen. Die vom Senat vorgegebene Richtgröße ist somit genau erreicht.

## Jobmesse Orientierungsphase II



Informationen im Audimax...

„Die Speyerer Messe hat sich in den letzten Jahren für uns zu einem idealen Ort für erste Kontaktgespräche mit Berufseinsteigern entwickelt“ stellte Dr. Dirk Uwer von Hengeler Mueller am Rande der Orientierungsphase II am 16. Januar 2003 fest. Dr. Uwer muss es wissen, denn er ist selbst ein ehemaliger Speyeraner, der anlässlich der Karrieremesse regelmäßig an die Hochschule zurückkehrt, um hier Nachwuchs zu rekrutieren. Ähnlich positiv äußerten sich auch Vertreter der übrigen vertretenen Arbeitgeber, die an Messeständen in der Aula und in Kurzpräsentationen im

Auditorium maximum ihre Behörden, Kanzleien oder Sozietäten vorstellten und tiefe Einblicke in ihre Tätigkeitsfelder eröffneten. 16 Einrichtungen und Firmen waren auf der Messe vertreten, darunter das Bundesverwaltungsamt, das Bundesinnenministerium, die Oberfinanzdirektion Koblenz und die BASF AG. Alle zeigten sie sich beeindruckt vom hohen Qualifikationsprofil der Hörerinnen und Hörer und viele von ihnen sagten bereits jetzt zu, zur nächsten „OPhase II“ am 23. Juli 2003 wieder nach Speyer zu kommen.



... und in der Aula

Fotos: DHV

## 40 Jahre deutsch-französischer Vertrag- Diskussion zum Jubiläum Le traité de l'Élysée fête ses quarante ans - Débat autour d'un anniversaire -

Am 23. Januar 2003 trafen sich Hörer sowie Mitarbeiter der DHV Speyer, um anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages über das Verhältnis von Deutschland und Frankreich zu diskutieren. Unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch, Dr. Florence Gauzy und Nathalie Tomatis ging es in der Diskussion zunächst um die Umsetzung der Vertragsinhalte von damals. Zahlreiche Anwesende konnten von Studienaufenthalten in Frankreich etwa im Rahmen des Stipendienprogramms des vor 40 Jahren ins Leben gerufenen Deutsch-Französischen Jugendwerks berichten. Vor dem Hintergrund der jüngsten deutsch-französischen Vereinbarungen wurden dann die angekündigten Erleichterungen im Familienrecht sowie die Auswirkungen der deutsch-französischen Staatsbürgerschaft diskutiert. Es zeigte sich, dass heute weniger historische Differenzen, sondern die Sprachbarriere als Kernproblem des deutsch-französischen Miteinanders gesehen wird.

C'est à l'occasion du quarantième anniversaire du traité de l'Élysée qu'une soirée a réuni le 23 janvier 2003 auditeurs et collaborateurs de l'École allemande d'administration autour d'un débat sur les relations franco-allemandes d'aujourd'hui. Sous la direction du Professeur Stefan Fisch, de Madame Florence Gauzy (Dr. phil.) et de Madame Nathalie Tomatis (agrégée), la discussion porta tout d'abord sur l'esprit de ce traité d'amitié conçu en janvier 1963 par le chancelier Adenauer et le général de Gaulle comme le prolongement solennel d'une réconciliation durement acquise grâce au règlement de problèmes délicats pesants sur les relations entre les deux pays dans l'après-guerre : le problème

de la souveraineté de l'Allemagne, celui du réarmement et celui de la Sarre. À ce titre, le traité de l'Élysée revêtait une dimension très symbolique de rapprochement entre les peuples.

Si, dans l'esprit de ses signataires, le traité devait aussi permettre de constituer un axe Paris-Bonn renforcé au sein de l'Europe communautaire et face aux Etats-Unis, notamment au plan militaire, alors que se dessinaient les contours d'un désengagement américain en Europe, ses réalisations concrètes en matière de politique extérieure et de défense furent souvent décevantes. Sur des points aussi fonda-



mentaux que les relations transatlantiques, l'avenir de l'OTAN et la possession de l'arme atomique, les intérêts de la République fédérale et de la France étaient souvent bien trop divergents pour que puisse surgir une communauté de vues débouchant sur une communauté d'action, ainsi que le prouva l'affaire du préambule de juin 1963. Aussi, par une espèce de paradoxe auquel le préambule proatlantiste imposé par le Bundestag en préalable à la ratification n'était pas étranger, le traité de l'Élysée resta-t-il longtemps une „coquille vide“, en dépit de plusieurs tentatives de relance au cours des quarante dernières années.

En revanche, il joua un rôle important dans le rapprochement des deux peuples par le biais de l'Office franco-allemand pour la jeunesse. Ainsi, de nombreux participants à la rencontre ont-ils évoqué leurs séjours en France dans le cadre des échanges scolaires et universitaires qui sont un acquis bien vivant du traité de 1963.

Qu'attendre de ce nouvel anniversaire ? La nouvelle convention signée par le chancelier Schröder et le président Chirac est porteuse de promesses : approfondissement de la coopération diplomatique et militaire bilatérale au sein de l'Union européenne, assouplissement du droit familial pour les enfants nés d'une union mixte, accès facilité à la double-nationalité pour les ressortissants du pays partenaire... La plupart de ses promesses, comme l'ont fait remarquer plusieurs observateurs, sont aussi vieilles que le traité lui-même.

Que reste-t-il alors du traité de l'Élysée ? Quarante ans après sa signature, les relations franco-allemandes se sont normalisées, au point que pour la génération actuelle, la nécessité d'une action spécifique entre les deux pays n'apparaît plus clairement - cet aspect est ressorti nettement des débats qui se sont engagés entre les auditeurs présents lors de la rencontre du 23 janvier. À cet égard, le traité serait victime de son succès. À une exception près : la langue, qui demeure, à en croire les témoignages de tous les participants, un réel, et peut-être même le seul obstacle à la compréhension du pays voisin.

*Florence Gauzy*

## Vom Dialog zur Kooperation der Institutionen

### Besuch einer Delegation des rheinland-pfälzischen Landtages



Begrüßung des Ausschusses durch den Prorektor, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill (ganz rechts)

Am 21. November 2002 besuchte eine hochrangige Delegation des Landes Rheinland-Pfalz die Hochschule und das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV). Anlass war, dass der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages die sich dem Ende neigenden Umbau- und Modernisierungsarbeiten an der DHV als Gelegenheit nutzte, um sich ein Bild vom neuen Gewand der Hochschule zu machen. Die Volksvertreter konnten sich daher vor Ort überzeugen, dass die Investitionen sinnvoll und zukunftsweisend angelegt wurden. Begleitet wurden die Parlamentarier unter Führung der Ausschussvorsitzenden Astrid Schmitt von Landtagsdirektor Professor Dr. Gebauer und dem scheidenden Präsidenten des Landesrechnungshofes Dr. Schneider. Der durch einen Trauerfall leider verhinderte Landtagspräsident Grimm ließ indes Grüße aus Mainz übermitteln. Bei der anfänglichen Führung über das Gelände schilderte der Prorektor Univ.-Professor Dr. Hill den Besuchern anschaulich den gesteigerten Nutzwert der nunmehr fast vollständig sanierten Hochschuleinrichtungen. Neben modernen und mit neuester Technik ausgestatteten Seminar- und Lehrsälen wurde auch das nunmehr vollständig renovierte „Alte Wohnheim“ besichtigt. Dieses Gebäude dient der Hochschule seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Unterbringung ihrer Aus- und Weiterbildungsteilnehmer. Durch die umfangreichen Umbauarbeiten wurde das Gebäude neben zeitgemäßen Sanitäreinrichtungen mit behindertengerechten Zimmern und Zuwegen dergestalt modernisiert, dass das Attribut „Alt“ in seinem Namen nunmehr in Frage gestellt werden darf.



Univ.-Prof. Dr. S. Fisch erläutert die Bibliothek

Das Interesse der Besucher ging indes über die äußerliche Attraktivität der Hochschule hinaus. Ausführlich informierten sich die Parlamentarier über die Forschungs-, Lehr-

und Weiterbildungsaktivitäten an der DHV und dem FÖV. Neben dem Prorektor Univ. Prof. Dr. Hill und dem Direktor des Forschungsinstituts Univ.-Prof. Dr. Ziekow stellten sich die Universitäts-Professoren Dres. Duwendag, Färber, S. Fisch, Magiera und Sommermann den fachkundigen Fragen der Abgeordneten. Besonderes Interesse deuteten die Volksvertreter hinsichtlich der Weiterbildungsangebote der Hochschule an. Für die Gäste aus dem Haushalts- und Finanzausschuss war es daher von Belang zu erfahren, dass sich die DHV Speyer und das FÖV moderner fiskalischer Steuerungselemente sowohl in der Forschung als auch in der Weiterbildung widmen. In den anschließenden Gesprächen



Astrid Schmidt, MdL, Dr. Paul-Georg Schneider (v. l.)

kristallisierte sich daher bald der gegenseitige Wunsch heraus, dass die drei Institutionen Landtag, Hochschule und Forschungsinstitut zukünftig enger zusammenarbeiten mögen. Dass diesem Wunsch Taten folgten, sollte sich bald erweisen. Sowohl der Ältestenrat des Landtages, der Senat der Hochschule als auch der Vorstand des Forschungsinstitutes signalisierten mittlerweile Zu-



Fachkundige Führung unter der Leitung des Prorektors über den Campus  
Fotos: DHV

stimmung, zukünftig mittels einer Kooperation der Institutionen von den dreiseitigen Kompetenzen zu profitieren. Als erster Erfolg dieser Zusammenarbeit ließ sich Landtagspräsident Grimm als Redner für die feierliche Semestereröffnung des Sommersemesters am 14. Mai 2003 gewinnen. Dieser festliche Rahmen soll sodann auch genutzt werden, um das vereinbarte Kooperationsabkommen feierlich zu unterzeichnen. Alle Kooperationspartner erhoffen sich eine gegenseitig bereichernde Zusammenarbeit.

# Abschied von Speyer



Hörersprecher Peter Heuschen..

Ein letztes Mal versammelten sich die Hörerinnen und Hörer des zu Ende gegangenen Wintersemesters 2002/2003 der DHV am 31. Januar 2003 in der Aula. Nach einem kurzen Rückblick auf die Höhepunkte des zurückliegenden Se-

semesters ging Dr. Klauspeter Strohm vom Rektorat der Hochschule auf die Ergebnisse der aktuellen Hörerumfrage ein. Die in jedem Semester stattfindende detaillierte Bewertung der DHV Speyer durch ihre Hörerinnen und Hörer wird zu systematischen Verbesserungen an der Hochschule genutzt.

Strohm lobte das außergewöhnliche Engagement der Hörerschaft dieses Semesters: Hochschulball, Länderfeten, eine Theatergruppe, sportliche Wett-

kämpfe und ein reges studentisches Leben wurden in kürzester Zeit abwechslungsreich und perfekt organisiert. Dabei wurden bei der wissenschaft-



... ein letztes Mal vor der Hörerschaft des Wintersemesters  
Fotos: DHV

lichen Qualität des Speyerer Lehrbetriebes nicht die geringsten Abstriche gemacht.

Auf dieses hohe Engagement ging auch Hörersprecher Peter Heuschen in seiner Abschiedsrede ein. „Wir haben das Beste daraus gemacht“, so kommentierte er den Semesterverlauf, der unter den Vorzeichen einer sehr angespannten Haushaltslage bei der Hörerschaft stand.

## Kurzmeldungen

### Modernisierung in Azerbaijan

Das Konsortium, das sich unter Mitwirkung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer/Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas um die Teilnahme an einem Projekt der Europäischen Kommission zur „Modernisation and Reform of the Legal and Judicial System in Azerbaijan“ beworben hatte, hat den Zuschlag hierfür erhalten. Über das Projekt wurde bereits im SpeyerJournal Nr. 1 berichtet. Es steht unter der Federführung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

### Landeswettbewerb 2003

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Siedentopf wurde zum Mitglied der Bewertungskommission des rheinland-pfälzischen Landeswettbewerbs 2003 „Außerordentliche Leistungen

auf dem Gebiet kommunaler Partnerschaften mit Kommunen in Osteuropa“ berufen.

### eGovernment-Wettbewerb

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann ist bereits zum 3. Mal Mitglied der Jury für den unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Otto Schily stehenden eGovernment-Wettbewerb von BearingPoint und Cisco.

### Publikation aus dem Behindertenprojekt

Das mit Hochschulmitteln, Mitteln der japanischen Regierung und auch in finanzieller Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München durchgeführte „Behindertenprojekt“ hat nunmehr zu einer ersten Zwischenbilanz in

Buchform geführt. Anfang 2003 ist in der Herausgeberschaft von B. von Maydell/Rainer Pitschas/Bernd Schulte der Band erschienen „Behinderung in Asien und Europa im Politik- und Rechtsvergleich. Mit einem Beitrag zu den USA“. Das Buch wurde im Nomos Verlag (Baden-Baden) verlegt. Die Fortsetzung des Forschungsprojekts ist geplant und wird derzeit in konkreten Projektdimensionen verabredet.

### Lenkungsausschuss „Elektronische Bürgerdienste“

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann und Dr. Jörn von Lucke wurden als Mitglieder in den Lenkungsausschuss „Elektronische Bürgerdienste Baden-Württemberg“ der Stabsstelle für Verwaltungsmodernisierung des Innenministeriums Baden-Württemberg berufen.

### Beispiele für Gesetzesfolgenabschätzung

In der Reihe „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ (hrsg. vom BMI) erschien der von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret und Mitarbeitern erstellte Abschlussbericht über den Praxistest zur Erprobung des Handbuchs und des Leitfadens zur Gesetzesfolgenabschätzung an ausgewählten Vorhaben der (Bundes-) Ressorts.

### Tagungsband zum Stand der neuen Reformpolitik in Russland

Nach einer langen Phase des wirtschaftlichen Niedergangs ist mit dem Amtsantritt Putins neuer Schwung in die russische Transformationspolitik gekommen. Der Sammelband dokumentiert in 27 Fachbeiträgen von Russland-Experten den aktuellen Stand der neuen Reformpolitik und analysiert die Chancen und Risiken für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Beiträge stammen je zur Hälfte aus der Feder von Wissenschaftlern und russlanderfahrenen Praktikern. Dementsprechend wendet sich der Band gleichermaßen an Vertreter aus Wissenschaft und Forschung, Politik und Verbänden, Unternehmen und Investoren. Die wissenschaftlichen Beiträge widmen sich den Reformen in Politik, Recht, Staat, Verwaltung und Wirtschaft und ihren Auswirkungen auf Russlands Position als Handels- und Investitionspartner. Speziell zugeschnitten auf den Informationsbedarf der deutschen Wirtschaft sind zahlreiche Berichte über Unternehmererfahrungen und Kontakte zur Geschäftsanbahnung in Russland. Abgerundet wird die breite Themenpalette durch Beiträge zur Investitionsfinanzierung, zu den Exportbürgschaften und – besonders aktuell – zu den Perspektiven des neuen russischen Bodenrechts für die Immobilienmärkte.

Bibliographische Angaben: Reformen in Russland und die deutsch-

russischen Wirtschaftsbeziehungen, ISBN 3-7890-8162-0; 308 S. mit 50 Abb. und 19 Tab., Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002.

### Arbeitsgruppe e-Government

Dr. Jörn von Lucke war Gutachter in der Arbeitsgruppe „Electronic Government“ des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs 2002.

### Übergangsgesellschaft und Rolle des Staates

Univ.-Professor Dr. Carl Böhret referierte vor der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer und beim Verband der Metallverpackungen zum Thema „Übergangsgesellschaft und die Rolle des Staates“.

### Datenschutzauditgesetz Workshop zur prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung

Unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret und Daniel Christians (BMI, Berlin) überprüften und bewerteten am 26. und 27. September 2002 in Speyer Datenschutzexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung in einem Workshop zur prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung (pGFA) auf



Teilnehmer am deutsch-österreichischen Werkstattgespräch zusammen mit Univ.-Professor Dr. Pitschas beim Empfang des Speyerer Oberbürgermeisters Foto: DHV

der Grundlage von GFA-Methoden mehrere Vorlagen für Regelungsteile eines geplanten DSAG (zu § 9a BDSG). Der Workshop war Bestandteil einer umfassenderen GFA im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Ein umfangreicher Gesamtbericht ist in Vorbereitung.

### Novellierung der Rechtsgrundlagen des Sicherheitsgewerbes

Univ.-Professor Dr. R. Pitschas hielt am 9. Oktober 2002 in Essen einen Vortrag zum Thema „Aufbruch zu einer neuen Politik der inneren Sicherheit“ auf dem Symposium der SECURITAS Deutschland zum Thema „Novellierung der Rechtsgrundlagen des Sicherheitsgewerbes. Ein Beitrag zur Inneren Sicherheit?“.

### Erfurt

Am 12. Oktober 2002 hat Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann einen Vortrag zum Thema „Elektronisierung des Leistungsverkehrs“ anlässlich des Jahrestagung 2002 der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik e. V. gehalten.

### Deutsch-österreichisches Werkstattgespräch zur inneren Sicherheit

Am 14./15. Oktober 2002 hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Harald Stolzlechner von der Universität Salzburg/Institut für Staats- und Verwaltungsrecht ein deutsch-österreichisches Werkstattgespräch

zur Inneren Sicherheit durchgeführt. Die Veranstaltung widmete sich dem Thema „Auf dem Weg zu einer Neuen Architektur der inneren Sicherheit in Deutschland und der Europäischen Union“. Im Mittelpunkt des Workshops stand die Suche nach einem künftigen gemeinschaftsrechtlichen Design der polizeilichen und justiziellen Zu-

sammenarbeit zwischen den europäischen Mitgliedstaaten. Dabei waren auch die Grundlagen der künftigen Sicherheitsarchitektur in Deutschland und der EU unter dem Eindruck der weltweiten Zunahme terroristischer Aktivitäten zu diskutieren. Einzu beziehen war darin die Rolle der gesellschaftlichen Akteure in der inneren Sicherheit, die für das Sicherheitsgewerbe näher beleuchtet wurde. Gelegenheit zu verwaltungs- und rechtsvergleichender Beobachtung boten die im Rahmen des Workshops von österreichischen Vertretern der Wissenschaft, der Gerichtsbarkeit, der Polizeibehörden und der allgemeinen Verwaltung gehaltenen Referate.

### Gespräche in Thailand

Am 18. Oktober 2002 führte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas auf Einladung der Thammasat-Universität/Bangkok und der Labour Association of Thailand Gespräche zur Durchführung des internationalen Forschungsprojekts „Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa: Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich“. Über dieses längerfristig und international angelegte Forschungsprojekt, das im September 2001 mit einer Vorkonferenz an der DHV Speyer begonnen und vom 6. - 10. April 2002 in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht sowie dem Japanisch-Deutschen Zentrum in Berlin auf einer Tagung fortgeführt wurde - der Tagungsband ist im Nomos Verlag Anfang 2003 erschienen - ist bereits im SpeyerJournal Nr. 1 berichtet worden. Die Gespräche in Bangkok sicherten die asiatische Seite des Projekts. In der Zeit vom 21. - 24. Oktober 2003 werden die Gespräche und Projektvereinbarungen dann in Seoul/Korea im Rahmen einer geplanten Abendveranstaltung an der Yonsei-Universität fortgeführt.

### Kompaktseminar „Finanzen und Wirtschaft“

Die Forderung nach grundlegenden Reformen beherrscht seit Jahren nahezu alle Bereiche der deutschen Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik. An Vorschlägen mangelt es nicht, aber die Umsetzung stößt auf extrem enge politische Handlungsspielräume. Die Forderungen nach Umbau, Reformen und Neugestaltung der „Systeme“ hinterlassen Kontroversen, Verwirrung und Ratlosigkeit - wer durchschaut noch die Zusammenhänge? Ziel des dialogorientierten Seminars war es vom 21. bis 23. Oktober 2002 und vom 10. bis 12. März 2003, die komplizierten ökonomischen Zusammenhänge in kompakter und zugleich verständlicher Form besser durchschaubar zu machen. Mit Bezug auf die zentralen gesamtwirtschaftlichen Probleme wurden das notwendige Hintergrundwissen vermittelt und Lösungsansätze diskutiert. Im Mittelpunkt standen die Themen Globalisierung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, „New Economy“, Steuerreformen, Staatsverschuldung, Alterssicherung und öffentliche Personal ausgaben.

### Ljubljana

Am 25. Oktober 2002 referierte Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann zum Thema „E-Government and Politics - Developing Transformation Paths to E-Government“ anlässlich der InterINFOS'02, Interregional Information Society Event.

### Erfolgreiche Vortragsreise in Korea

Vom 20. bis 30. Oktober 2002 besuchte Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas auf Einladung einer Reihe koreanischer Universitäten die Republik Korea. In einem Vortrag am 21. Oktober analysierte er auf Einladung der Koreanischen Gesellschaft für Deutschlandstudien in Seoul „Die Wahlergebnisse des Jahres

2002 und die politischen Perspektiven in der Bundesrepublik Deutschland“.

Am 23. Oktober 2002 stellte er dann in Jecheon/Korea auf Einladung der Stadtverwaltung und der Semjung-Universität, Department of Public Administration die „Erfahrungen mit New Public Management (NPM) in Deutschland“ vor. Nächste Station der Reise war Daegu. Hier hielt Pitschas am 24. Oktober 2002 den Eröffnungsvortrag der Tagung „Umweltfreundliche Entwicklung: politische, rechtliche Aufgaben und Perspektiven“. Das Thema des Vortrages lautete „Umweltpolitik und Umweltrecht in der Europäischen Union“. Die Tagung wurde vom 24. bis 25. Oktober 2002 veranstaltet von der Keimyung-Universität/Cok-lege of Law in Verbindung mit dem Regional Environmental Technology Development Center.

Am 28. Oktober 2002 sprach Pitschas dann an der Seoul National University/School of Law vor graduierten Studenten zum Thema „Polizeirecht im kooperativen Staat“. Ein weiterer Vortrag fand am 29.10.2002 zu dem Thema „Reforms of Public Administration within the European Union: Why do we need more Ethics in Public Service?“ im Korean Research Institute for Public Administration in Seoul/Korea statt. Eine wesentliche Frucht der Reise war die Verabredung mit dem „Korean Institute for Public Administration“, näheren Kontakt zum Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer aufzunehmen.

### Nachbetreuung Speyerer Alumni in Vietnam

Vom 31. Oktober 2002 bis zum 6. November 2002 führte Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit der National Academy for Public Administration eine Nachbetreuungsveranstaltung für die Speyerer Alumni in Hanoi/Vietnam durch. An der Veranstaltung nahmen auch die

ehedem in der Deutschen Demokratischen Republik ausgebildeten Juristen und weitere Wissenschaftler teil, die heute im Rang von Abteilungsleitern und Unterabteilungsleitern in vietnamesischen Ministerien in Hanoi arbeiten. Vor ihnen und den Speyerer Alumni hielt Pitschas insgesamt vier Vorträge, u. a. zu den Themen „Strategien der Modernisierung von Staat und Verwaltung in Deutschland“ und „Zur Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Neues Personalmanagement“. Längere Gespräche mit den Speyerer Alumni begleiteten diese Vortragsveranstaltungen. Ein wesentliches Ergebnis des Besuchs war u. a. die Verabredung mit dem Präsidenten der National Academy for Public Administration, der im Range eines Vizeministers der vietnamesischen Regierung angehört, ab 1. Mai 2003 einen Doktoranden nach Speyer zu entsenden. Es handelt sich um den insgesamt dritten Doktoranden, den die Sozialistische Republik Vietnam in das westliche Ausland schickt. Der Betreffende hat inzwischen die hiesige Zulassungsprozedur erfolgreich durchlaufen. In früheren Jahren hat er seinen Mag. rer. publ. an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer erworben.

### **Schleiz**

Am 6. November 2002 referierte Dr. Jörn von Lucke auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den Themen „Grundlagen und Chancen der elektronischen Verwaltung“ und „Barrieren und Hindernisse bei der Einführung der elektronischen Verwaltung – Ursachen und Ansätze zur Überwindung aus Sicht der Wissenschaft“.

### **Reform des öffentlichen Dienstes in Bulgarien**

In Zusammenarbeit mit der Ecole nationale d'administration (ENA) und mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wird Herr Univ.-Professor Dr.

Rainer Pitschas im EU-Projekt „Implementing Civil Service Reform – Bulgaria“ zusammenarbeiten. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 25.11.2002 unterzeichnet.

### **Speyerer Empfehlungen zu „PISA“**

Univ.-Professor Dr. Carl Böhret initiierte und leitete zusammen mit Dr. Bremme (BASF AG/Rhein-Neckar-Dreieck) ein regionales „PISA“-Projekt, an dem auch die Johann-Joachim-Becher-Gesellschaft und mehrere Professoren der DHV Speyer beratend mitwirkten. Bereits im Januar 2002 hatte ein Start-Forum stattgefunden, an dem auch der PISA-Beauftragte des Landes Rheinland-Pfalz teilnahm. Ein Jahr lang arbeiteten Projektgruppen zusammen mit Partnern aus Schulen und Ausbildungsstätten. Aus dieser Kooperation entstanden mehrere Modellversuche und viele Anregungen für den Transfer in das (Aus-)Bildungssystem. Im 2. Forum (Januar 2003) wurden „Speyerer Empfehlungen“ verabschiedet, die auch der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin übergeben und mit ihr erörtert wurden. Die Umsetzung der Empfehlungen und Projekte wird auch 2003 fortgesetzt.

### **DATEF-Tagung**

Auf der 26. Datenschutzfachtagung (DATEF) der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung im November 2002 berichtete Univ.-Professor Dr. Carl Böhret über Vorarbeiten zu einem Datenschutzauditgesetz mit Hilfe der Gesetzesfolgenabschätzung.

### **Wiesbaden**

Auf Einladung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann am 24. Januar 2003 einen Vortrag zum Thema „Reform – jetzt über Electronic Government?“ vor der obersten Führungsebene der hessischen Landesverwaltung.

### **Washington**

Am 27. und 28. Januar 2003 nahm Univ.-Prof. Dr. H. Reinermann an der First International Conference on the Economic and Social Implications of Information Technology im Bundeswirtschaftsministerium der USA in Washington D.C. teil.

### **Bremen**

Zum „Strukturwandel der Krankenversorgung durch ‚Diagnosis Related Groups‘ (DRG's): Krankenhausplanung, -management und flächendeckende Gesundheitsversorgung als Verfassungsauftrag der Bundesländer“ referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 16. November 2002 in Bremen auf der Tagung des Instituts für Gesundheits- und Medizinrecht der Universität Bremen und der Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im DeutschenAnwaltVerein vom 15. bis 16. November 2002 in Bremen.

### **Linz**

Am 21. November 2002 hielt Dr. Jörn von Lucke einen Vortrag zum Thema „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“ bei der Johannes Kepler Universität.

### **Borken**

Zum Thema „10 Jahre ehrenamtliches Engagement im Betreuungsrecht – Bestandsaufnahme, Probleme und Perspektiven“ hielt Univ.-Professor Dr. Pitschas am 23.11.02 in Bocholt (Nordrhein-Westfalen) einen Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft für das Betreuungswesen im Kreis Borken.

### **Hochschullehrertagung der KZBV**

Am 28./29. November 2002 nahm Univ.-Prof. Dr. Pitschas an der 4. Hochschullehrertagung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung im Kölner Zahnärzthehaus als einer der Mitinitiatoren dieser Tagungsreihe teil. Über Zielsetzung und Konzeption der Hochschullehrerta-

gungen der KZBV wird in der Vierteljahresschrift für Sozialrecht, Heft 3/2003 berichtet werden. Die Tagungsthemen setzen sich mit den Normsetzungskompetenzen des Bundesausschusses und des Bewertungsausschusses im Bereich der zahnmedizinischen Versorgung sowie mit Beschränkungen in der zahnärztlichen Behandlung durch das Wirtschaftlichkeitsgebot und mit dem Verhältnis der Honorarverteilung zum Gleichheitssatz auseinander. Ein weiteres Thema waren die „Friedenswahlen in der Sozialversicherung“. Insgesamt diente die Veranstaltung dem Bestreben, das Sozial- und Gesundheitsrecht tiefer miteinander sowohl in Forschung und Lehre zu verbinden als auch beide Rechtsgebiete an die Gesundheitswissenschaften rückzukoppeln.

### Lissabon

Zum Abschluss des Masterkurses am Instituto Superior de Ciências do Trabalho e da Empresa, Lissabon referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 5. Dezember 2002 in Lissabon/Portugal zum Thema „International Development in Public Administration - Models and Systems in the Light of New Public Management“.

### Besuch aus Vietnam

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams hat im Dezember 2002 eine Gruppe von 17 Politikern und Verwaltungsexperten



Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Siedentopf begrüßt die Gäste aus Vietnam Foto: DHV

zu einer Studien und Informationsreise nach Deutschland entsandt. Sie hatte den Auftrag, eine neue Konzeption für die „Kaderpolitik“

auszuarbeiten. Damit die Beamten in der Verwaltung, in der Partei selbst und in den Sicherheitskräften mit den Reformen Schritt halten können, erscheint der Partei ein angepasstes Konzept vor allem für die Aus- und Weiterbildung erforderlich. In diesem Kontext stand der von Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Siedentopf und Dr. Riffel betreute Besuch der Gruppe an der DHV Speyer am 5. Dezember 2002.

### Wiederwahl

Am 6. Dezember 2002 wurde Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann anlässlich der Mitgliederversammlung zum zweiten Mal in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V. (AWV) gewählt.

### Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur

Am 28./29. Januar 2003 fand im Kurfürstlichen Palais in Trier die erste Sitzung des von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit dem Arbeitskreis II der Deutschen Innenministerkonferenz initiierten Gesprächskreises „Innere Sicherheit“ statt. Die Veranstaltung, die unter der gemeinsamen Leitung von Pitschas und Ministerialdirigent Jörg Ziercke (Innenministerium Schleswig-Holstein/Kiel) stand, widmete sich dem Thema „Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur?“. Auf der Grundlage einiger „Thesen zur Architekturdebatte“, die

keit, vor dem Hintergrund einer weltweit veränderten Sicherheitslage und dem Aufkommen terroristischer Aktivitäten in den westlichen Staaten wie auch in Entwicklungsländern zu neuen Wegen des Schutzes der inneren Sicherheit zu finden. Dabei wurde auch die wachsende Mitverantwortung der Wirtschaftsgesellschaft in Deutschland und in der Europäischen Union zum Gegenstand der Gespräche gemacht. Eine Reihe von Statements reicher ten die jeweiligen Gesprächsteile an. So sprach u. a. Dr. Jürgen Linde aus Potsdam, Mitglied der Expertenkommission „Staatsaufgabenkritik für das Land Berlin“, über die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure an der Staatsaufgabe „Innere Sicherheit“. Die Bundesvorsitzenden bzw. Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, der Deutschen Polizeigewerkschaft und des Bundes Deutscher Kriminalbeamter hielten ebenfalls Statements. Auch der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher-Wach- und Sicherheitsunternehmen, Dr. Harald Olschok, gab ein Statement ab. Die Mitglieder des Arbeitskreises II der Deutschen Innenministerkonferenz sowie weitere Teilnehmer aus der Polizei und dem Sicherheitsgewerbe diskutierten intensiv die einzelnen Überlegungen, die in den Thesen und Statements vorgetragen wurden. Das Thema des Vortrages, den Pitschas am 28. Januar auf dieser Veranstaltung hielt, lautete „Freiheit in Sicherheit durch gesellschaftliche Verantwortungspartnerschaft für den inneren Frieden. Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Deutschland“. Der Gesprächskreis soll im Juni 2003 fortgeführt werden.

### Zur Methodik der Verwaltungsrechtswissenschaft

Als ständiger Teilnehmer war Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas zu den Beratungen im Kolloquium „Reform des Verwaltungsrechts“ vom 30. Ja-

von Pitschas und Prof. Dr. Eberhard Denninger (Universität Frankfurt am Main) vorgestellt wurden, widmeten sich die Gespräche der Notwendig-

nuar bis 2. Februar 2003 im Wissenschaftszentrum Heidelberg eingeladen. Die Veranstaltung widmete sich in diesem Jahr der „Methodik der Verwaltungsrechtswissenschaft“. Die Tagung wurde als DFG-Rundgespräch im Internationalen Wissenschaftsforum in Heidelberg durchgeführt. Veranstalter waren Univ.-Professor Dr. E. Schmidt-Aßmann von der Universität Heidelberg und Prof. Dr. W. Hoffmann-Riem, Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

### Export von Behandlungs- und Pflegeleistungen

Die „Öffnung der Gesundheitsmärkte in der EG durch Export von Behandlungs- und Pflegeleistungen“ stand im Mittelpunkt eines Vortrages von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 12. Februar 2003 in der Deutschen Richterakademie. Der Vortrag fand im Rahmen der Tagung vom 10. bis 15. Februar 2003 zum Thema „Spannungsverhältnis zwischen koordinierendem Europarecht und nationalem Sozialrecht“ statt.

### Halle

Vom 12. bis 14. März 2003 hat Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas als Gast und Diskussionsredner an der 9. Sozialrechtslehrertagung in Halle/Saale teilgenommen. Die vom Deutschen Sozialrechtsverband e. V. ausgerichtete Tagung stand unter dem Thema „Was fordert und leistet das Recht für die soziale Sicherheit?“.

### Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung

Am 20. März 2003 hat Univ.-Professor Dr. Pitschas als Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. in Berlin am Symposium „Die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung – Erweiterung der Einnahmehasis und Beitragsgerechtigkeit“ teilgenommen. Die Veranstaltung



Besuch einer rumänischen Delegation am 26. März 2003 an der DHV Speyer unter der Leitung von M. Baltadar, Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Verwaltung Ionel Flesariu, F. Dudu, R. P. Postelnicu und G. Ghete (v. l.) Foto: DHV

diskutierte, welche Reformoptionen geeignet sind, das Krankheitsrisiko adäquat abzusichern. Ferner wurde erörtert, welche Veränderungen der Einnahmesituation in der gesetzlichen Krankenversicherung aus der Sicht der Akteure notwendig sind. Auf der Grundlage einer Analyse der bestehenden Situation wurde schließlich diskutiert, ob und ggf. welche verfassungsrechtlichen Grenzen für die Beitragsbemessung und -erhebung gelten.

### Besuch aus der VR-China

Am 24. März 2003 besuchte Univ.-Prof. Dr. Guo Quinsong vom Research Center of Assessment on Modern Human Resource des Shanghai Administration Institute die Hochschule. Er besprach mit dem Rektor und mit Univ.-Prof. Dr. Dr. König Möglichkeiten einer Kooperation beider Einrichtungen.

### Besuch aus Rumänien

Am 26. März 2003 besuchte eine Delegation von Führungskräften aus Staat und Verwaltung unter der Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für öffentliche Verwaltung Ionel Flesariu die DHV Speyer, um

sich über das internationale Studienprogramm der Hochschule zu informieren. Das Studienprogramm interessierte insbesondere zahlreiche Experten aus dem rumänischen Verwaltungsministerium. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Senatsbeauftragten für das (Ausländer-)Aufbaustudium, Univ.-Professor Dr. R. Pitschas, und einer Vorstellung der DHV Speyer durch Patrick Laurency, M. A., Mag. rer. publ., referierten Angela Pislaru, Mag. rer. publ., und Benedikt Speer M. A., Mag. rer. publ., über eine Studie zu e-government in Deutschland und Rumänien bzw. über die „EU-Beitrittsvorbereitung und öffentliche Verwaltungen in Mittel- und Osteuropa“.

### Rechtsfragen der geplanten Gesundheitsreform

„Rechtsfragen der geplanten Gesundheitsreform“ lautete der Titel des Vortrages von Univ.-Professor Dr. R. Pitschas am 27.3.03 auf den 5. Speyerer Gesundheitstagen vom 27. – 28. März 2003 mit dem Thema „Finanzprobleme der Gesundheitsreform“. Die Tagung fand wieder in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft BKK-IKK-LKK statt.



Univ.-Prof. Dr. Pitschas mit Teilnehmern an den Gesundheitstagen Foto: DHV

## Pilotsemester des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement mit Erfolg abgeschlossen



Gespannte Erwartungen: Eröffnung des Ergänzungsstudiums „Wissenschaftsmanagement“ am 5. November 2003 im runden Vortragssaal des neuen Gästehauses

Der 1. Jahrgang des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement wurde am 31. Januar 2003 erfolgreich abgeschlossen. Fünfzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer absolvierten im Wintersemester 2002/03 das vom Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) e. V. und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gemeinsam entwickelte einsemestrige praxisorientierte Programm.

DHV Speyer und ZWM haben mit dem Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement eine systematische postgraduale Ausbildung im Wissenschaftsmanagement geschaffen, die es bisher in Deutschland nicht gab. Sie kommen damit einem schon längere Zeit bestehenden Bedarf nach einem speziellen Programm entgegen, das dazu beiträgt, die Innovationsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung zu steigern und den in den nächsten



Eröffnung des Ergänzungsstudiengangs: PD Dr. Hohn, Univ.-Prof. Dr. Seidler, Univ.-Prof. Dr. Wagner (v. l.)

Jahren erheblichen Ersatzbedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wissenschaftsmanagement zu decken.

Ziel des Studiums ist die Vermittlung breit angelegter Kenntnisse und Fähigkeiten für das Management in Wissenschaft und Forschung. Hierzu gehören nicht nur spezifisches Wissen und Kompetenzen für das Management in Einrichtungen des Hochschul- und Wissenschaftssystems, sondern es werden auch Grundlagen des allgemeinen Managements gelehrt. Der Studienverlauf ist offen gestaltet, so dass die Teilnehmer diejenigen Bereiche auswählen können, denen ihr besonderes Interesse gilt oder die besonders in das Aufgabenprofil der entsendenden Institution passen.

Die Absolventen des Ergänzungsstudiums werden in die Lage versetzt, einen umfassenden Überblick über Grundlagen, Problemfelder und aktuelle Entwicklungen des Wissenschaftsmanagements zu erlangen. Darüber hinaus werden soziale Fertigkeiten, Methoden und Verfahren vermittelt, die für eine Tätigkeit im Wissenschaftsmanagement essentiell sind. Die Lehrenden des Ergänzungsstudiums setzen sich aus Wissenschaftler/innen der DHV Speyer sowie erfahrenen Praktikern aus den Leitungsebenen von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zusammen. Der Aufbau beruflicher Kontakte und Netzwerke ist ein weiteres - extracurriculares - Ziel, das in Speyer besonders gepflegt und unterstützt wird.

Die „1. Speyerer Wissenschaftsmanager/innen“ zeigten sich überzeugt vom breiten und aktuellen Fächerquerschnitt des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement und nahmen vielfältige Impulse für ihre künftige Tätigkeit mit. Neben den Inhalten der Lehrveranstaltungen vermittelten Exkur-



Univ.-Professor Dr. Péter Horváth

Rahmenprogramm mit Veranstaltungen, die kulturelle Aspekte (z. B. den Besuch im Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie) mit Kammingesprächen mit hochrangigen Wissenschaftsmanagern kombinierten, fand großen Anklang und die Teilnehmer/innen nutzten die Gelegenheiten Kontakte zu knüpfen. Begonnen wurde in diesem Pilotsemester auch die Vortragsreihe „Wissenschaftsmanagement“ mit zwei hochkarätigen Vorträgen. Univ.-Professor Dr. Péter Horváth, Universität Stuttgart, vertiefte am 16. Januar 2003 in seinem Vortrag „Wissenschaftsadäquates Controlling“ ein höchst aktuelles Thema, das anschließend bei Brezeln und Wein weiterdiskutiert wurde. „Transferunternehmertum – ein erfolgreiches Modell für effizienten und effektiven Tech-

nologietransfer und Ausgründungen oder das Kostenmanagement in einer großen Forschungseinrichtung.

Auch das vom ZWM entwickelte

Wissenschaftsmanager/innen nahm auch der gegenseitige Austausch ihrer beruflichen Erfahrungen ein, den sie über die Speyerer Zeit hinaus fortsetzen werden. Die Teilnehmer/innen des Pilotsemesters sind mehrheitlich bereits in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigt und wurden von dort nach Speyer entsandt. Hinzu kamen Teilnehmer/innen, die sich selbst beworben hatten, aber überwiegend ebenfalls bereits im Beruf stehen. Gerade die breite Palette der vertretenen Tätigkeiten – von Wissenschaftlern, über in der Verwaltung Tätige, bis zu freien Unternehmensberatern oder Journalisten – und die Bandbreite der repräsentierten Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erwies sich als besonders fruchtbar. Hierzu trug auch die Vielfalt der Fachrichtungen des Hochschulabschlusses bzw. der Promotionen der Wissenschaftsmanager/innen bei; vertreten waren



Der erste Jahrgang des Ergänzungsstudiums Wissenschaftsmanagement ZWM/DHV Speyer WS 2002/2003  
Foto: ZWM



Professor Dr. Michael Auer  
Fotos: DHV

nologietransfer“ stellte Professor Dr. Michael Auer, Steinbeis-Stiftung und Steinbeis-Hochschule Berlin, am 29. Januar vor und nahm sich viel Zeit für die folgende lange und engagierte Diskussion mit den Wissenschaftsmanager/-innen. Einen hohen Stellenwert für die fünfzehn Speyerer

beispielsweise Maschinenbau, Medizin, Jura, Betriebswirtschaftslehre und Kulturwissenschaften.

Die sehr engagierten „1. Speyerer Wissenschaftsmanager/innen“ beteiligten sich aktiv am kontinuierlichen Evaluationsprozess des Pilotsemesters und haben mit ihren Anregungen und Vorschlägen zur weiteren Optimierung des Angebotes für die kommenden Semester beigetragen.

Über die geknüpften Netzwerke zu den Praktikern und insbesondere über das Netzwerk des ZWM werden die Alumni weiter betreut, zum Beispiel bei Bewerbungen oder Weiterbildungswünschen, und zu besonderen Veranstaltungen wieder nach Speyer eingeladen.

## Vorschlag zur Gemeindefinanzreform



ProfessoIn Dr. M. Pröhl, Univ.-Professor Dr. M. Junkernheinrich, Dr. A. Fugmann-Heesing, Univ.-Professorin Dr. G. Färber (v. l.)  
Foto: Bertelsmann Stiftung

Mit einer Kombination aus einer kommunalen Bürgersteuer und einer lokalen Wirtschaftssteuer als Herzstück einer Gemeindefinanzreform will die Bertelsmann Stiftung der strukturellen Finanzkrise der Kommunen begegnen und mehr Transparenz für die Bürger schaffen. Die Bertelsmann Stiftung hält außerdem eine Modernisierung der Grundsteuer sowie die konsequente Verankerung des Konnexitätsprinzips und den Abbau von Detailregelungen bei Aufgabenübertragungen von EU, Bund oder Ländern für notwendig. Flankierend dazu ist das kommunale Dienst- und Arbeitsrecht zu reformieren und ein Kostenverantwortung förderndes Finanzmanagement in den Kommunen einzuführen.

Am 11. Februar stellten Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Dr. Annette Fugmann-Heesing, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Univ.-Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Universitäten Trier und Cottbus sowie Professorin Dr. Marga Pröhl von der Bertelsmann Stiftung den Vorschlag zur Gemeindefinanzreform im Hause der Bundespressekonferenz in Berlin vor. Die Resonanz in den Leitmedien sowie individuelle Rückmeldungen aus Kommunen fielen positiv aus, einige Länderministerien äußerten Interesse, verwiesen jedoch auf zukünftige Diskussionen nach Abschluss der Kommissionsarbeit, dies entsprach auch der Antwort des BMF; die Wirtschaftsverbände reagierten negativ auf die vorgeschlagene lokale

Wirtschaftssteuer und neutral bis positiv auf die Bürgersteuer.

Die im Papier der Bertelsmann Stiftung vorgeschlagene Bürgersteuer soll oberhalb des steuerfreien Existenzminimums mit einem proportionalen Steuersatz auf das bundeseinheitlich nach dem Einkommensteuerrecht ermittelte zu versteuernde Einkommen erhoben werden und die 15 Prozent der Einkommensteuer ersetzen. Jede Kommune legt den für sie geltenden Steuersatz wie heute die Hebesätze bei den Realsteuern selbst fest. Mit

der neuen Steuer soll der Bürger nicht mehr zahlen als vorher, kann dafür aber erstmals auf seinem Steuerbescheid sehen, wie viel von seiner Einkommensteuer direkt vor Ort ausgegeben wird. Die Bürgersteuer würde mehr Transparenz schaffen und die Effizienz kommunalen Handelns steigern, indem sie die Bürger befähigt, sich zu beteiligen, wenn über die Verwendung von Steuergeldern auf lokaler Ebene entschieden wird.

Die Bürgersteuer ist in diesem Vorschlag nur in Verbindung mit grundsätzlichen Änderungen bei der Gewerbe- und der Grundsteuer realisierbar, u. a. um zu große Streuungen zwischen den Kommunen zu vermeiden und den kommunalen Finanzausgleich zu entlasten. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen, soll die Gewbesteuer durch eine lokale Wirtschaftssteuer ersetzt werden, die alle wirtschaftlich Tätigen angemessen an der Finanzierung der von ihnen in Anspruch genommenen kommunalen Infrastruktur beteiligt, also auch Freiberufler und Landwirte. Je breiter die Bemessungsgrundlage ist, desto niedriger können die Steuersätze sein. Ein Bezug der Wirtschaftssteuer auch auf gewinnunabhängige Wertschöpfungsanteile soll diese kommunale Einnahmequelle weniger konjunkturabhängig machen. Die Grundsteuer A für Landwirte soll entfallen, die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer B muss aktualisiert werden.

Von den Reformideen, die in der Kommission der Bundesregierung beraten werden, unterscheidet sich das Konzept der Bertelsmann Stiftung vor allem durch seine Reichweite. Während die Kommissionsarbeit sich auf die Aspekte Gewerbesteuer sowie Sozial- und Arbeitslosenhilfe beschränkt, beinhaltet dieser Vorschlag eine umfassendere Reform. „Halbherzige Ansätze können weder den Verfall kommunaler Infrastruktur bremsen noch die lokale Politik wieder handlungsfähig machen. Ziel einer Gemeindefinanzreform muss nicht nur sein, die strukturelle Finanzkrise zu überwinden, sondern auch mehr Transparenz und lokale Demokratie zu ermöglichen“, so Marga Pröhl.

Das Positionspapier der Bertelsmann Stiftung zur Reform der Gemeindefinanzen kann im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:  
<http://www.bertelsmann-stiftung.de/gemeindefinanzen>

Das Positionspapier kann als auch als Broschüre (insgesamt 38 Seiten) kostenlos telefonisch bei der Bertelsmann Stiftung bestellt werden (05241 - 81 81 530).

G. Färber/M.Pröhl

## 6. Speyerer Demokratietagung „Korruption in Politik und Verwaltung“

**Die 6. Speyerer Demokratietagung hatte mit dem Thema „Korruption in Politik und Verwaltung“ und einem hochkarätigen Kreis von Referenten 230 Teilnehmer nach Speyer gelockt. Die Tagung fand vom 24.-25. Oktober 2002, wie immer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, statt.**

Im Ausland ist Korruption seit längerem etablierter Gegenstand nicht nur der öffentlichen Diskussion und der Strafrechtswissenschaft, sondern auch der Politik- und Verwaltungswissenschaften. Deutschland hat hier einiges aufzuholen. Staat und Gesellschaft galten bei uns lange als besonders korruptionsresistent. Es herrschte das Bild des unbestechlichen „preußischen“ Beamten. Um so mehr wurde die Öffentlichkeit durch spektakuläre Korruptionsfälle aufgeschreckt. Jüngere Beispiele sind die Spenden- und Korruptionsaffären der SPD in Nordrhein-Westfalen und die Affäre der FDP um Jürgen Möllemann. In internationalen Vergleichen des „Korruptionsniveaus“ fällt Deutschland denn auch zunehmend zurück.

Die Tagung vermittelte ein realistisches Bild der Lage und bot neben der Diagnose auch Therapien an. Sie ging der Frage nach, was unter „Korruption“ zu verstehen ist, welche unterschiedlichen Phänomene von Korruption es gibt, wie Korruption in Politik und Verwaltung entsteht und wie sie sich auswirkt, ob bestimmte Typen von Gesellschaften die Anfälligkeit erhöhen, welche rechtlichen und organisatorischen Vorkehrungen gegen Korruption es bereits gibt und welche Verbesserungen sinnvoll



Bis auf den letzten Platz gefüllte Aula bei der...

erweise vorgenommen werden sollten.

Nach der Tagungseröffnung durch den rheinland-pfälzischen Staatsminister der Justiz, Herbert Merzin, und eine Einführung in das Tagungsthema von Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim hielt Prof. Dr. Erwin Scheuch von der Universität Köln das Eröffnungsreferat über „Die Korruption und ihre Mechanismen“ und legte als besonderer Kenner der Kölner Verhältnisse den Schwerpunkt seiner Analyse auf die Strukturen der Kölner Spenden- und Korruptionsaffäre der SPD.

Im Anschluss gab Priv.-Doz. Dr. Philip Manow, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, einen umfassenden Überblick über „Korruption als Gegenstand der Politikwissenschaft“. Besonders umstritten war in der anschließenden Diskussion der von ihm aufgezeigte Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und Korruption

sowie die Frage, ob Frauen weniger zur Korruption neigten als Männer.

Erhard Blankenburg warf in seinem Referat die die Tagung auch im weiteren Verlauf immer wieder beschäftigende Frage auf, ob die Korruptionsindizes von Transparency International nur die Wahrnehmung (Perzeption) von Korruption in den jeweiligen Staaten wiedergäben oder wirklich Rückschlüsse auf die tatsächliche Höhe bzw. die Zunahme oder Abnahme von Korruption zuließen.

Dr. Werner Schmidt-Hieber, Oberbürgermeister der Stadt Waiblingen und Oberstaatsanwalt a. D., stellte in seinem engagierten Vortrag die parteipolitische Ämterpatronage an den Pranger. Er wies darauf hin, dass Ämterpatronage nicht nur verfassungswidrig, sondern auch strafbar sei und zeigte an vielen Beispielen, welche brutalen Folgen Ämterpatronage für die gleichheitswidrig Benachteiligten haben könne.

Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung, einer der bekanntesten deutschen investigativen Journalisten, stellte auf plastische Weise ausgewählte Fälle politischer Korruption in Deutschland dar und reflektierte auch die Rolle der Medien bei der Aufbereitung von Korruptionsskandalen.

Die traditionelle Dinner Speech auf dem Hambacher Schloss hielt in diesem Jahr Dr. Winfried Mayer, jetzt Richter am OLG München und vorher Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Augsburg; er hatte die Aufklärung der CDU-Spendenaffäre ins Rollen gebracht. Sein beeindruckender Vortrag über die mangelnde Unabhängigkeit von Staatsanwälten in Deutschland machte Defizite der hierarchisch gegliederten Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung von Vergehen mit politischem Einschlag deutlich.

Gernot Korthals, Präsident des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein, sah die Kontrolle der Politik und Verwaltung durch die Rechnungshöfe als im Wesentlichen gegeben, machte aber eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen im Einzelnen.

Dr. Peter Eigen, Präsident von Transparency International, referierte über zivilgesellschaftliche Orga-

nisationen in der globalen Regierungsführung am Beispiel der internationalen Korruptionsbekämpfung. Durch sein Referat wurde die internationale Dimension von Korruption auf der Tagung beleuchtet und im Übrigen Korruption bei privaten Investitionsvorhaben analysiert.



... Tagungseröffnung. Prof. von Arnim, Justizminister Mertin, Prof. Scheuch (v. l.)  
Fotos: DHV

Wolfgang Schaupensteiner, Oberstaatsanwalt am Landgericht Frankfurt/M. und Prof. Dr. Britta Bannenberg von der Universität Bielefeld stellten vor dem Hintergrund des geltenden Strafrechts ausgewählte Fälle von Korruption in der Verwaltung dar. Beide gingen dabei über die rechtliche Perspektive weit hinaus und bezogen empirische Erkenntnisse der Kriminologie in ihre Überlegungen mit ein. Sie kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass nicht nur die Perzeption der Korruption, sondern auch die Korruption selbst in Deutschland zugenommen hätte. Schaupensteiner stellte in seinem Vortrag eine Gesamtkonzeption zur Eindämmung von Korruption vor.

Die Vorträge der Referenten, die durchweg auf große Resonanz unter den Teilnehmern stießen, und die Diskussionsberichte werden in einem Tagungsband dokumentiert, der im Frühjahr 2003 im Knauer Verlag München als preiswertes Tachbuch erscheinen wird.

## 14. Europa-Seminar Speyer

Mit der Erweiterung um zunächst zehn neue Mitgliedstaaten und der Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages stehen der Europäischen Union bedeutende strukturelle Veränderungen bevor. Institutionen, Verfahren und Sachpolitiken müssen weiterentwickelt werden, um auch nach der Erweiterung die Handlungsfähigkeit und Legitimität der Union sicherzustellen. Das „14. Europa-Seminar Speyer“, das vom 15.-18. Oktober 2002 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf stattfand, widmete sich mit einem ersten Schwerpunkt diesen Zukunftsthemen.

Als Einführung legte Evelyne Gebhardt, Mitglied des Europäischen Parlaments, die Grundlagen und Ziele des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union dar. Sie betonte die Notwendigkeit einer Rückkoppelung an die Öffentlichkeit, um die Transparenz und die damit verbundene Akzeptanz der zukünftigen Reformen zu gewährleisten. Dabei sei die Einsetzung des Konvents, der die Beteiligung der Öffentlichkeit ermöglicht und fördert, ein wichtiger Schritt gewesen. Die zukünftige Architektur der EU müsse darauf ausgerichtet sein, den derzeitigen Demokratiemangel zu beheben, indem die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt werde. Aus Gründen der Transparenz sollten die Ratssitzungen in der Öffentlichkeit stattfinden. Weitere Einzelfragen aus der aktuellen Diskussion im Konvent erläuterten die nachfolgenden Referenten, Dr. Eckart Cuntz, Europaabteilung des Auswärtigen Amtes, und Dr. Otto Schmuck, Europaabteilung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund. So wurden die Bemühungen im Konvent um eine klarere Kompetenzabgrenzung zwi-

schen EU und Mitgliedstaaten dargelegt. Auch die Frage eines einheitlichen Verfassungsvertrages wurde insbesondere aus der Sichtweise der deutschen Bundesländer erörtert.

Einen Überblick über die Vorbereitungsarbeiten zur Erweiterung der Union aus europäischer Perspektive gab Dr. Christian Engel vom European Institute of Public Administration in Maastricht. Dabei unterstrich er die beachtlichen Fortschritte, die einige Beitrittsländer in kürzester Zeit vollbracht hätten, um den Aufnahmekriterien zu entsprechen. Auf Seiten der Union habe man die Vorbereitungsarbeiten hingegen nicht mit der gebotenen Stringenz vorangerieben. Ob die Erweiterung wie geplant zum 1.1.2004 vollendet werden könne, sei daher fraglich. Diese Ausführungen wurden von den Referenten Jan Wawrzyniak, Botschaft der Republik Polen, und Dr. Marcus Wenig, Landesvertretung Brandenburg bei der EU, um eine polnische bzw. deutsche Sichtweise ergänzt. Wawrzyniak sprach von den innenpolitischen Problemen, die mit den Vorbereitungen auf den Beitritt zur Union verbunden seien, betonte aber auch das große Interesse der Bevölkerung an diesem Schritt.

Es wurde deutlich, wie wichtig auch aus deutscher Perspektive die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen, in diesem Zusammenhang zwischen Brandenburg und den angrenzenden Wojewodschaften, ist.

Dieser Aspekt sollte am folgenden Tag näher beleuchtet werden durch die Berichte von Dr. Dietmar Eisenhammer, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, und Jean-Claude Sinner, Innenministerium Luxemburg, über ihre Erfahrungen mit kommunaler Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg. Dabei stell-

ten sie schwerpunktmäßig ihre Arbeit im Saar-Lor-Lux-Raum dar, aber auch das so genannte PAMINA-Grenzgebiet sowie die projektbezogene Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG-Programmen. Institutionelle Probleme der gemeinsamen Verwaltungsarbeit wurden durch Beispiele aus der Praxis veranschaulicht.

Ferner befasste sich das „14. Europa-Seminar Speyer“ auch mit dem gegenwärtigen Stand und den aktuellen Entwicklungen des Gemeinschaftsrechts. Unter dem Thema „Umwelt und Wirtschaft in der europäischen Integration“ legte Dr. Reinhard Schulte-Braucks von der Europäischen Kommission Inhalt und Problematik der geplanten Chemikalien-Gesetzgebung auf Gemeinschaftsebene dar, woran sich eine rege Diskussion mit den Teilnehmern anschloss. Dr. Eckart Sünner, Leiter des Zentralbereichs Recht, Steuern und Versicherung der BASF, verdeutlichte dabei die Position der deutschen Chemie-Unternehmen. Da in Deutschland der Handel mit Chemikalien bereits reglementiert sei, hoffe man nun auf eine einheitliche Regelung auch auf Gemeinschaftsebene. Nicht nur die allgemeine Bedeutung des Themas als Schnittpunkt zwischen Binnenmarkt und Umweltschutz, sondern auch Einzelheiten der geplanten Regelungen und die damit verbundenen rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme wurden eingehend erörtert.

Im Rahmen eines Besuches des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Anschluss an die Besichtigung des Europäischen Parlamentes gewährten Prof. Dr. Lucius Cafilisch, Richter, und Dr. Johan Callewaert, Abteilungsleiter, einen vertieften Einblick in die Entwicklung, Organisation und Arbeit ihres Gerichtshofs. Insbesondere das Verhältnis zum Ge-

richtshof der Europäischen Gemeinschaften und die Rolle der Europäischen Grundrechtecharta wurden in einer anschließenden Diskussion behandelt.

Einen letzten Schwerpunkt bildeten die finanziellen Interessen der Union. Nachdem Prof. Dr. Bernhard Friedmann, ehem. Präsident des Europäischen Rechnungshofes, einen Überblick über den Haushalt der EU sowie die Rolle des Europäischen Rechnungshofes gegeben hatte, erläuterten Dr. Diemut Theato, Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament, und Franz-Hermann Brue-ner, Generaldirektor des Europäi-

schen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), die Rolle ihrer Institutionen bei der Bekämpfung von Betrügereien und Unregelmäßigkeiten zu Lasten der Union. Auf Rückfragen der Teilnehmer berichteten die Referenten über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit den verschiedenen Fördermitteln der EU und deren Inanspruchnahme durch die Mitgliedstaaten.

Das rege Interesse für die behandelten Themen und deren aktuelle und praxisrelevante Bezüge zeigten sich nicht nur in der Diskussion mit den Referenten, sondern auch im Gespräch der Teilnehmer untereinander. Es konnten vertief-

te Kenntnisse über die europäische Integration vermittelt und aktuelle Fragestellungen in einem fruchtbaren Dialog zwischen Teilnehmern und Referenten, ausgewiesenen Experten ihres Fachs, aufbereitet und analysiert werden. Das „14. Europa-Seminar Speyer“ konnte somit den Ansprüchen und Zielsetzungen sowohl der Teilnehmer als auch der Organisatoren voll entsprechen.

Das 15. Europa-Seminar ist für den 7. bis 10. Oktober 2003 geplant.

*Ass. iur. Stefanie Ritter*

## Zukunft der Institution Schule Bildungspolitische und administrative Rahmenbedingungen

Am 24. und 25. Februar 2003 fand an der DHV Speyer eine Tagung zur Zukunft der Institution Schule statt. Nach PISA ist es dringend geboten, die Bildungsqualität an deutschen Schulen zu verbessern. Um die pädagogischen Ziele zu erreichen, bedarf es auch einer Modernisierung der Schulverwaltung. Als Zentrum für die Förderung einer Verwaltungsmodernisierung in Deutschland wollte die DHV Speyer mit dieser Tagung Impulse für die Erneuerung der Institution Schule geben.

Die Tagung ging auf aktuelle Ansätze des Bildungsrechts, der Bildungsfinanzierung und der Bildungspolitik ein und zeigte Möglichkeiten für einen Umbau des deutschen Schulwesens auf. Einsatz und Wirkung bestimmter Steuerungsinstrumente wurden anhand von Modellprojekten und Praxiserfahrungen verdeutlicht und beurteilt.



Wichtige Impulse für die Modernisierung der Schule

Ausgehend vom Bildungsauftrag des Grundgesetzes wurde dazu zunächst der Zustand des deutschen Bildungswesens analysiert, bevor die Modernisierung des

Schulwesens in den Bereichen Recht, Finanzen und Politik erörtert wurde. Hierzu wurden ausgewählte Mo-



Spannende Podiumsdiskussion unter der Moderation von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch  
Fotos: DHV

delle und erfolgreiche Praxisbeispiele wie die „Selbstständige Schule“ sowie Methoden der neuen Verwaltungssteuerung im Schulbereich vorgestellt. Einen Blick über die Grenzen hinweg erlaubte Cécilia Morandat von der Académie de Montpellier, die die institutionalisierte Schulentwicklung in Frankreich vorstellte.

Eine abschließende Podiumsdiskussion mit dem Thema „Was ist seit PISA geschehen: Aktionismus oder Modernisierung der Institution Schule?“ versuchte eine Bestandsaufnahme.

Auf der Tagung referierten führende Experten aus den Bereichen Schulrecht, Schulfinanzierung und Erziehungswissenschaft und diskutierten mit namhaften Bildungspolitikern und Vertretern aktueller Modellprojekte. Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch und Dr. Stefan Koch.

## Gemeinwohl ist keine bloße Summe

### Roman Herzog auf Staatswissenschaftlicher Fortbildungstagung



Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV, mit seinem Amtsvorgänger, Bundespräsident a. D. Roman Herzog, und dem Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller (v. l.)

Die Gemeinwohlproblematik, der sich die Speyerer Hochschule bereits vor 35 Jahren in einer vielbeachteten Tagung angenommen hatte, gewinnt in jüngster Zeit wieder große Aktualität in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Publizistik. Reformstau, Skandale und Fragen des politischen Systems, die Europäisierung und Globalisierung stellen das ewig junge Thema in ganz neue aktuelle Zusammenhänge. So fand nun unter dem Titel „Gemeinwohlgefährdung



Diskussion mit dem Altbundespräsidenten unter der Moderation von Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Siedentopf

und Gemeinwohlsicherung“ vom 12. bis 14. März 2003 unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Professoren Dres. Hans Herbert von Arnim und Karl-Peter Sommermann die 71. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung statt. Die Tagung beriet interdisziplinär darüber, wie der Gemeinwohlgedanke unter aktueller Betrachtungsweise aussehen und umgesetzt werden kann, welche institutionellen Voraussetzungen dafür notwendig sind und wie Gemeinwohl realisiert werden kann.

In seiner Eröffnungsrede und in der sich anschließenden Diskussion beschrieb der Speyerer Professor und Bundespräsident a. D. Roman Herzog Gemeinwohl nicht als Summe aller Interessen. Ausgangs-

punkt seiner Überlegungen war die Quantifizierbarkeit von Gemeinwohl. Unstrittig sei jedoch, dass der Zustand einer Gesellschaft darüber entscheide, ob Gemeinwohl überhaupt stattfinden könne. Entscheidend sei der Zusammenhalt der Gesellschaft, der in einer Zeit zunehmender Individualisierung in der Gesamtgesellschaft nur existieren könne, wenn die Summe der Zentripetalkräfte größer sei als die Summe der Zentrifugalkräfte, so Herzog. Entscheidende Weichenstellungen könnten hier laut Herzog in den nächsten Monaten erfolgen. Das Zeitfenster hierfür sei günstig und erlaube es, Regierung und Opposition in Berlin schon auf Grund des Zwanges äußerst knapper Mehrheitsverhältnisse näher zueinander und damit zu Kompromissen zu bringen.

An den folgenden Tagen wurden Aspekte der Erneuerung des Gemeinwohlgedankens in der Gegenwart, die institutionellen Voraussetzungen der Gemeinwohlverwirklichung, Probleme des Gemeinwohls im Mehrebenensystem sowie neue Wege der Gemeinwohlverwirklichung untersucht. Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion. Hier erörterten die Univ.-Professoren Dres. Winfried Brugger, Michael Zürn, Hans Herbert von Arnim zusammen mit Professorin Dr. Marga Pröhl sowie Dr. Heiner Geißler „Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung vor den Herausforderungen der Globalisierung“.



Podiumsdiskussion zum Abschluss: H. Geißler, Univ.-Professor Dr. von Arnim, Professorin Dr. Pröhl  
Fotos: DHV

# Warum häufen sich Stichverletzungen im Krankenhaus?

## Data Mining bei der Unfallkasse

### Forum „Die moderne Verwaltung – Gestaltung durch Information II“



Forum „Gestaltung durch Information“

Foto: DHV

Nach dem Auftakt im Jahr 1999 fand vom 9.-11. Oktober 2002 die zweite Veranstaltung der Reihe „Die moderne Verwaltung – Gestaltung durch Information“ statt. In dem von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill geleiteten Forum suchten über 80 Teilnehmer und Referenten aus Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft Lösungsansätze für Fragen an der Schnittstelle von Electronic Government, Wissensmanagement und Personalmanagement.

Den Einstieg in das Thema Information bildeten Konzepte der Planungs- und Entscheidungsunterstützung, wobei Planung vor allem im Sinne einer strategischen Steuerung verstanden wurde. Während sich Controllingssysteme auf kommunaler Ebene inzwischen etabliert haben, wie das Beispiel Kreisverwaltung Osnabrück und das Projekt „Integration von Langzeitarbeitslosen in Berliner Bezirken“ zeigten, nimmt die Einbindung einer „Balanced Scorecard“ nur langsam konkrete Formen an. Als eine der Vorreiterkommunen stellte die Stadt Soest ihr Konzept einer integralen Zielfestlegung, Zielsteuerung und Zielerreichung vor. Wie politische Entschei-

dungsprozesse auch elektronisch unterstützt werden können, zeigten Andreas Kraft, Esslingen, und Andreas Majer, Stuttgart, anhand unterschiedlicher Zielgruppen: Die Media@Komm-Stadt Esslingen hat Formen der Bürgerbeteiligung z. B. bei der Bauleitplanung (auch) via Internet ermöglicht und durch kurze Wege, online-Bürgerforen sowie durch Visualisierungen den Planungs- und Entscheidungsprozess transparenter gestaltet; in Stuttgart wird das zunächst nur für Ratsmitglieder eingerichtete Telekooperationssystem CUPARLA zu einem integrierten kommunalen Rats- und Verwaltungsinformationssystem (KORVIS) ausgebaut, um auch der Verwaltungsspitze entscheidungsrelevante Informationen rund um die Uhr elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Den größten Teil des Forums nahmen Themen unter dem Stichwort „E“ ein: Mit E-Learning und Wissensmanagement sowie E-Government wurde der Aspekt der Neugestaltung von Prozessen sowie der Dezentralisierung und Demokratisierung von Wissen in der Informationsgesellschaft intensiv in den Blick genommen. Dass die Implementation von E-Learning einer

ganzheitlichen Einführungsstrategie bedarf und zu einem Wandel der Lern-, aber auch der Verwaltungskultur führt, verdeutlichte Andreas Hohenstein, Synergie GmbH Bonn. Beispielhaft stellte Stephanie Ihringer, DHV Speyer, das interaktive Lernprogramm zum Qualitätsbewertungssystem CAF (Common Assessment Framework) vor. Ziel des an der DHV entwickelten Moduls ist es, die Einführung einer für die Verwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten konzipierten qualitätsbezogenen Selbstbewertung multimedial zu unterstützen.

Zum Teil überraschende Ergebnisse brachte der Einsatz von Data Mining, eines Verfahrens zur Auswertung von Datenmengen nach bislang unbekanntem, aber für die Organisation nutzbringenden Informationen, in der Unfallkasse Hessen zutage. Der Geschäftsführer Gerd Ulrich berichtete etwa von einer überdurchschnittlichen Zahl von Stichverletzungen bei Ärzten und beim Pflegepersonal in Krankenhäusern oder der Häufung von Unfällen bei Feuerwehrleuten bestimmter Altersgruppen am Wochenende. Erst diese Erkenntnisse ermöglichten eine genauere Ursachenforschung und gezielte Maßnahmen zur Unfallprävention. Ein Problem der Datenflut in der Wissensgesellschaft ist auch der individuelle Umgang mit Informationen. Als Elemente eines persönlichen Wissensmanagements nannte Dr. Irmgard Weiß, Vizepräsidentin des Regierungspräsidiums Dresden, u. a. die Auswahl relevanten Wissens unter Verzicht auf Vollständigkeit, die Formulierung gezielter, präziser Fragen und den Aufbau persönlicher Wissensnetzwerke.

Ein im Zusammenhang mit Wissensmanagementsystemen oft ge-

nutzter Terminus ist der des Portals: Die Präsentation verschiedener Gebietskörperschaften auf einer gemeinsamen Plattform wie im vorgestellten Landesportal Baden-Württemberg oder die Bereitstellung von Daten, Informationen und Wissen im Rahmen eines Mitarbeiterportals in der öffentlichen Verwaltung, wie es von SAP entwickelt wird, verdeutlichen die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten der Portalstruktur. In eine ähnliche Richtung weist die Integration von Dokumentenmanagement, Wissensmanagement und intelligenten Suchstrategien, um auch bei der elektronischen Vorgangsbearbeitung (elektronische Akte) Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, so Hellmut Hoppe von der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt). Den Aspekt der Informationsaufbereitung für Planung und Entscheidung aufgreifend, stellte Dieter Spalink vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen FÜSYS vor, ein IT-gestütztes Führungsinformationssystem, das strategie-

orientierte Projektmanagementdaten einschließlich eines detaillierten Berichtswesens vorhält.



Auf „Zehn Punkte für gutes E-Government“ als Kriterien für eine erfolgreiche E-Government- und E-Democracy-Strategie bezog sich Carolin Welzel von der Bertelsmann Stiftung; zu diesen Grundsätzen zählen u. a. die Gestaltung der Prozesse, die Einbindung der Nutzer, Transparenz und die Sicherung von Kooperationen. Mit Hilfe des Selbstevaluationstools Begix können öffentliche Organisationen ihren Stand im E-Government anhand der Merkmale Nutzen, Effizienz, Partizipation, Transparenz und Change Management bewerten. Als Beispiel für einen vielversprechenden - und zudem preisgekrönten - E-Govern-

ment-Ansatz präsentierte Landrat Georg Gorrissen das Projekt Verwaltung-vol.net des Kreises Segeberg, mit dem im Sinne der Bürgerorientierung im E-Zeitalter Dienstleistungen auch unterschiedlicher Verwaltungsebenen unter einem Dach angeboten werden, unabhängig von der jeweiligen behördlichen Zuständigkeit. Fragen der Kryptographie und der Sicherung von Vertraulichkeit und Authentizität als weitere wichtige Aspekte des E-Government wurden von Thomas Biere vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik beantwortet.

Mit einem Ausblick auf die Verwaltungskommunikation unter europäischem Einfluss und die Grundsätze Guten Regierens schloss Hill das Forum und lud zur Folgeveranstaltung 2003 ein. Die Vorträge und Präsentationen sind im Internet unter [www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2002/Moderne-Verwaltung.htm](http://www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2002/Moderne-Verwaltung.htm) veröffentlicht.

*Monika John-Koch*

## Finanzierung von Staatstätigkeit

Angesichts der extremen Haushaltsnotlage in den öffentlichen Kassen hätte man das Thema des diesjährigen Seminars für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter in Ministerien, das am 13. und 14. Februar 2003 unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill stattfand, durchaus auch als Frage formulieren können. Doch stand nicht das „Ob“, sondern das „Wie und wie viel“ einer Finanzierung staatlicher Tätigkeit im Mittelpunkt der Veranstaltung. Bei den Teilnehmern - 40 Führungskräfte aus Bund und Ländern - waren intelligente Sparkonzepte und eine nachhaltige Haushalts- und Finanzplanung gefragt, um die Ursachen der Unterfinanzierung zu beseitigen, gleichzeitig aber auch kurzfristig Erfolge zu verzeichnen.

Über alternative Investitionsfinanzierungen im Land Berlin berichtete Hans-Jürgen Reil, Senatsverwaltung

für Finanzen. Zur Realisierung etwa von Baumaßnahmen habe man eine Vergleichsrechnung aufgestellt und unterschiedlicher Formen der Finanzierung unter Berücksichtigung der Kosten, des Planungs- und Verwaltungsaufwandes und der Bauzeit verglichen. Im Ergebnis hätten sich durch Ausschreibung und Wettbewerb die Kosten um durchschnittlich 15 % reduziert; Reil wies aber auch darauf hin, dass diese Sonderfinanzierungsmodelle einer umfassenden Vorbereitung etwa bei der Leistungsbeschreibung bedürften, auch sei Know-how in sehr unterschiedlichen Bereichen - vom klassischen Haushaltsrecht über das Bau- und Vergaberecht bis zu Investitionsrechenverfahren - erforderlich.

Dass erst wissenschaftlicher „Beistand“ den Weg für konkrete Empfehlungen aus der Verwaltungspraxis ebnen kann, wurde im Vortrag von Thomas Hecken-



Wer soll das bezahlen...? Univ.-Prof. Dr. Hill bei der Eröffnung der Tagung

berger, Finanzministerium Brandenburg, deutlich. Obwohl in seinem Haus seit längerem Sparvorschläge diskutiert würden, hätte erst die Benchmark-Studie „Öffentliche Aufgabenerfüllung im Ländervergleich“ eine Diskussion über den Aufgabenbestand in Gang gesetzt. Die Berichterstattung in den Medien über Ergebnisse der Studie, z. B. über Ausgaben für Kindertagesstätten, habe bei Politik und Öffentlichkeit zu einer intensiven Auseinandersetzung um die Qualität und Quantität öffentlicher Aufgabenerfüllung geführt, wie Heckenberger anschaulich schilderte. Trotz Kritik an der Methodik wurde seitens der Tagungsteilnehmer der Bedarf an länderübergreifenden Vergleichen nicht zuletzt als „Glaubwürdigkeitsinstrument“ gegenüber Politik und Öffentlichkeit bekräftigt.

Ein ausgefeiltes Personalmanagement- und Personalcontrollingkonzept stellte Henning Lühr, Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Bremen, vor. Finanzielle Herausforderungen, gesellschaftlicher Wandel und Entwicklungen der Informationstechnik stellen neue Anforderungen an das Personal; durch die Stärkung der Verantwortlichkeit, durch neue Steuerungsinstrumente und flexible, dezentrale Netzwerkstrukturen müsse die traditionelle Personalverwaltung durch ein integrales Personalmanagementsystem abgelöst werden. Um in Zeiten knapper Kassen nicht einseitig bei den Personalkosten zu sparen, bedürfe es der integralen Ressourcensteuerung, die politische und finanzpolitische Ziele und Vorgaben in Einklang bringe, sowie einer mittelfristigen Personalbedarfsplanung unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten.

Mit der Umstellung des Haushaltsverfahrens präsentierte Rolf Seikel, Finanzministerium Hessen, zweifellos ein „Mammutprojekt“, da bis zum Projektende im Jahr 2008 die Ablauforganisation in ca. 900 Dienst-



Teilnehmer der Abteilungsleitertagung

Fotos: DHV

stellen an neue Prozesse anzupassen und ungefähr 15.000 Anwender zu schulen sind. Ziel der produktorientierten Haushaltssteuerung sei eine verbesserte Informations- und Entscheidungsgrundlage für Parlament und Regierung, indem die Kosten für die Umsetzung politischer Entscheidungen genauer kalkuliert und kontrolliert werden könnten. Zwar ist mit dem Modell keine unmittelbare Kostenreduktion verbunden, vielmehr verursache die Einführung des Systems einen zusätzlichen Kostenaufwand, es sei aber möglich, aufgrund einer prozessorientierten Aufgabenerfüllung Einsparpotentiale überhaupt festzustellen und zu nutzen statt auf die „Rasenmähermethode“ zurückgreifen zu müssen. Informationen zur Tagung im Internet: [www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2003/Abteilungsleiter.htm](http://www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2003/Abteilungsleiter.htm)

Monika John-Koch

## Speyer vor Ort – die DHV in Brüssel

Nach zwei Veranstaltungen in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin im Juni 2001 und in der Vertretung in Brüssel im September 2001 ging die DHV wieder einmal auf Tour. In Rahmen eines Parlamentarischen Abends am 6. März in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Brüssel präsentierte sie sich mit einem Symposium zum Generalthema „Auf dem Weg zu einem europäischen Verwaltungsraum“.

Im Anschluss an die Eröffnung der internationalen Veranstaltung, an der 80 Vertreter von Parlament, Rat und Kommission der EU, aus Politik und Wirtschaft teilnahmen, durch den Ständigen Vertreter des Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz, Martin Stadelmaier, und den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, befasste sich Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann zunächst mit dem „Recht auf eine gute Verwaltung“, wie es in Artikel 41 der Grundrechte-Charta formuliert ist, bevor Gerhard Grill, Juristischer Hauptberater des Europäischen Bürgerbeauftragten, aus „Insi-

der-Perspektive“ den „Kodex für eine gute Verwaltungspraxis“ des Europäischen Bürgerbeauftragten vorstellte.

Ein zweiter Schwerpunkt des Abends hatte die „Methode der offenen Koordinierung“ der EU, d. h. die Festlegung politikfeldbezogener Leitlinien, Ziele und Indikatoren und die Überwachung ihrer Umsetzung in den Mitgliedstaaten, zum Inhalt. Unterschiedliche Positionen zu diesem neuen Verfahren europäischer Rechtsgestaltung und den Wechselwirkungen zwischen europäischem und nationalem Verwaltungshandeln vertraten einerseits Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und andererseits Eckart Guth, Stellvertretender Generalsekretär der EU-Kommission.

Nach dem wissenschaftlichen Teil stellte der Rektor der DHV den Teilnehmern die Hochschule, ihre Rolle als Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften in und für Deutschland sowie ihr Programm in Lehre, Forschung und Weiterbildung vor.

Monika John-Koch



## 6. Speyerer Qualitätswettbewerb

Bereits im zehnten Jahr ein Forum  
für ausgezeichnete Verwaltungen



Die stolzen Preisträger des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs

In Zeiten einer äußerst angespannten Lage der öffentlichen Finanzen können innovative und vorbildliche Lösungen auf dem Gebiet der Verwaltungsreform manche lohnende Anregung für Praktiker geben. Dies ist auch ein Kerngedanke des Speyerer Qualitätswettbewerbs, zu dessen feierlichem Abschluss sich am 5. und 6. Dezember 2002 in Speyer die Preisträger des 6. Speyerer Qualitätswettbewerbs und weitere an der Verwaltungsmodernisierung Interessierte zu den „Speyerer Qualitätstagen“ einfanden.

Die knapp 200 Teilnehmer wurden am 5. Dezember von dem Prorektor, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill begrüßt, der noch einmal das Motto „Jeder Teilnehmer ist ein Gewinner“ hervorhob. Daran schlossen sich, der internationalen Ausrichtung des Wettbewerbes entsprechend, Grußworte von Emmerich Bachmeyer, dem Sektionschef des österreichischen Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport, und von Dr. Albert Hofmeister, dem Chefinspektor im eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, an. Beide bezogen sich in ihren Reden auf die Wettbewerbsteilnehmer aus ihren Ländern, so konnte Österreich bei 13 Teilnehmern immerhin drei Preise entgegennehmen. Dr. Hofmeister ging in seinem Vortrag auf die relativ geringe Zahl von vier Schweizer Bewerbungen ein und verband dies mit der kritischen Frage, ob Modernisierungsbemühungen in der öffentlichen Verwaltung noch einen ausreichend wichtigen Stellenwert besäßen. Es folgte ein Vortrag von Klaus-Henning Rosen, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, der die Verwaltungsmodernisierung in Europa am Beispiel der Weiterentwicklung des auch in Speyer mit entwickelten Gemeinsamen Europäischen Quali-

tätsbewertungssystems CAF (siehe Artikel in dieser Ausgabe) schilderte.

Konzept und Verlauf des Wettbewerbes stellte Univ.-Professor Dr. Klages dar: Die Zahl von 50 Verwaltungen und 54 Bewerbungen, die sich der Herausforderung des Wettbewerbs gestellt hätten, bewegte sich im Rahmen der letzten Jahre, wobei die von jedem Bewerber geforderte Selbstbewertung sicherlich eine zusätzliche Hürde darstellte. Daran anschließend wurden die eingegangenen Bewerbungen von mehr als 40 Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis in den einzelnen Arbeitsgruppen einer genauen Prüfung unterzogen, wobei die in die engere Auswahl gekommenen Bewerber vor Ort erneut begutachtet und schließlich in einer Sitzung des Beirates – der ebenfalls zum großen Teil bei der Veranstaltung anwesend war – in Speyer die 12 Gewinner bestimmt wurden.



Preisverleihung in der vollbesetzten Aula

Der Höhepunkt für die angereisten Preisträger war aber sicherlich die anschließende feierliche Übergabe der Siegerurkunden durch den Prorektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill.

Unter dem Motto „Lernen von den Besten“ stand der Nachmittag und der folgende Vormittag ganz im Zeichen der Preisträger, die ihre bemerkenswerten Konzepte vorstellten.

Gleichzeitig bestand im Foyer der Hochschule während der Pausen die gerne genutzte Möglichkeit, sich an den Ständen der Sieger eingehender über deren Projekte zu informieren.



Kurze Laudatio für jede der prämierten Verwaltungen...

Fortgesetzt wurden die Qualitätstage mit einem Vortrag von Florian Gerster, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, der den Weg der Bundesanstalt von der Behörde zu einem modernen Dienstleister nachzeichnete und auf die zukünftigen Aufgaben sowohl der Bundesanstalt als Organisation selbst als auch auf die dazugehörigen arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien einging. Zuletzt stellte Professor Hill in seinem Abschlussvortrag die zukünftigen Herausforderungen an die öffentlichen Verwaltung dar. Nicht nur technische Entwicklungen wie Electronic Government, europäische und internationale Einflüsse würden das Verwaltungshandeln beeinflussen, auch die Eigenverantwortung des Mitarbeiters müsse angesichts der Aufgabenfülle erweitert werden.



... vor der Urkundenübergabe durch den Prorektor



Univ.-Professor Dr. Helmut Klages, Florian Gerster und Univ.-Professor Dr. Hermann Hill (v. l.) Fotos: DHV

Dass die Veranstaltung ihre eingangs erwähnten Ziele erreicht hat, Verwaltungsmodernisierung weiter voranzutreiben, kann man an den inzwischen eingegangenen Anfragen zum nächsten Wettbewerb 2004 erkennen.

Weitere Informationen zum 6. Speyerer Qualitätswettbewerb gibt es im Internet unter der Adresse: <http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb/>

*Armin Liebig*

## 6. Speyerer Qualitätswettbewerb - Preisträger 2002 -

### **Bürgerorientierung:**

- Stadt Duisburg
- Electronic Government Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), Stadt Hagen
- Dortmunder Systemhaus, Eigenbetrieb der Stadt Dortmund
- Kanton St. Gallen/Appenzell Ausserrhoden

### **Personalmanagement:**

- Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus
- Bundeskellereiinspektion, Wien
- Stadt Freiburg i. Br.

### **Strategisches Management:**

- Polizeipräsidium Münster
- Landkreis Osnabrück
- Kreis Soest
- Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

### **Wissensmanagement:**

- Institut für Wirtschafts- und Betriebswissenschaften, Montanuniversität Leoben

# Kontinuierliche Verbesserung der Verwaltungsleistung durch Selbstbewertung

## Die Anwendung des Selbstbewertungsinstruments Common Assessment Framework (CAF) bedeutet den Einstieg in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess

Das Gemeinsame Europäische Qualitätsbewertungssystem (CAF) ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der für die öffentliche Verwaltung zuständigen Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Auf Ersuchen der für den öffentlichen Dienst zuständigen Generaldirektoren hat die sogenannte Innovative Public Service Group (IPSG) die neue Version des CAF entwickelt, die im Oktober 2002 auf der 2. Qualitätskonferenz in Kopenhagen vorgestellt wurde. Das Deutsche CAF Zentrum in Speyer, durch das Bundesministerium des Innern mit der Implementierung des Selbstbewertungsinstruments betraut, war maßgeblich an der Überarbeitung beteiligt. Im Rahmen der Teilnahme Speyerer Vertreter an den Sitzungen der IPSG und der CAF-Working Group konnte eine weitere Übernahme der in Speyer entwickelten Methoden auf europäischer Ebene erreicht werden. Die neue Version basiert unter anderem auf den in Deutschland bei der Einführung und Anwendung der ersten Version des CAF gesammelten Erfahrungen. Über 40 Verwaltungen haben sich in Deutschland bereits einer Selbstbewertung mit dem Instrument CAF unterzogen. Rückmeldungen der Anwender bestätigen, dass die Selbstbewertung nach CAF einfach handhabbar ist, Leistungsvergleiche zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors ermöglicht und mit dem CAF den öffentlichen Verwaltungen ein Instrument an die Hand gegeben wurde, das sie dabei unterstützt, Qualitätsmanagementmethoden zur Leistungs- und Effizienzsteigerung zu nutzen.

An der Struktur des CAF hat sich gegenüber der ursprünglichen Fassung nichts Grundlegendes verändert. Lediglich die Bezeichnung einzelner Themenfelder wurde präzisiert.

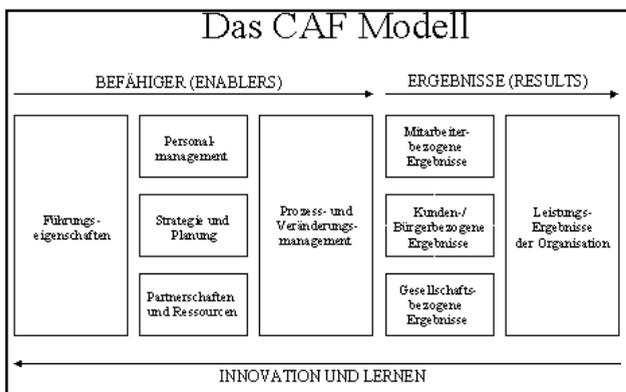


Abbildung 1: Struktur des CAF

Die 9 Themenfelder benennen bereits die wesentlichen Aspekte, die bei der Analyse einer Organisation berücksichtigt werden sollten.



Unter jedem Feld werden Kriterien aufgeführt. Diese Kriterien benennen die wesentlichen Leistungsmerkmale, die bei der Bewertung einer Organisation zu berücksichtigen sind. Die Zahl der Kriterien wurde bei der Überarbeitung von 43 auf 27 reduziert. Darunter gliedern sich 258 Indikatoren.

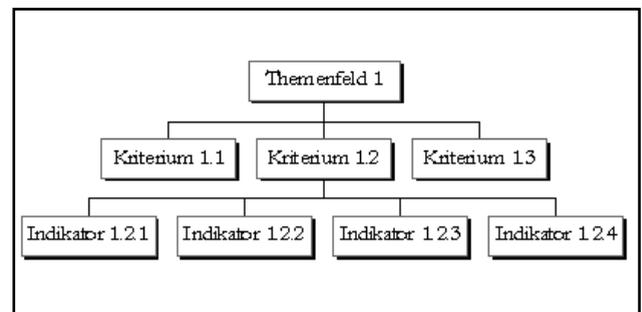


Abbildung 2: Aufbau des CAF

Das CAF bietet:

- eine Bewertung auf der Grundlage von Fakten
- eine Bewertung anhand von Kriterien, die europaweit angewandt werden
- die Möglichkeit zur Messung des Fortschritts der Organisation über einen bestimmten Zeitraum durch periodisch durchgeführte Selbstbewertungen
- die Möglichkeit, sich auf Verbesserungsmaßnahmen zu konzentrieren, die am notwendigsten sind
- Möglichkeiten zur Förderung und gemeinsamen Nutzung bewährter Praktiken in unterschiedlichen Bereichen einer Organisation und organisationsübergreifend
- eine Möglichkeit, die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen, indem sie in den Verbesserungsprozess einbezogen werden

- Möglichkeiten zur Bestimmung von Fortschritt und besonders herausragenden Leistungen.

Die konsequente Anwendung des Selbstbewertungs-instruments CAF bedeutet den Einstieg in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Der Selbstbewertungsprozess umfasst idealtypisch folgende Schritte:

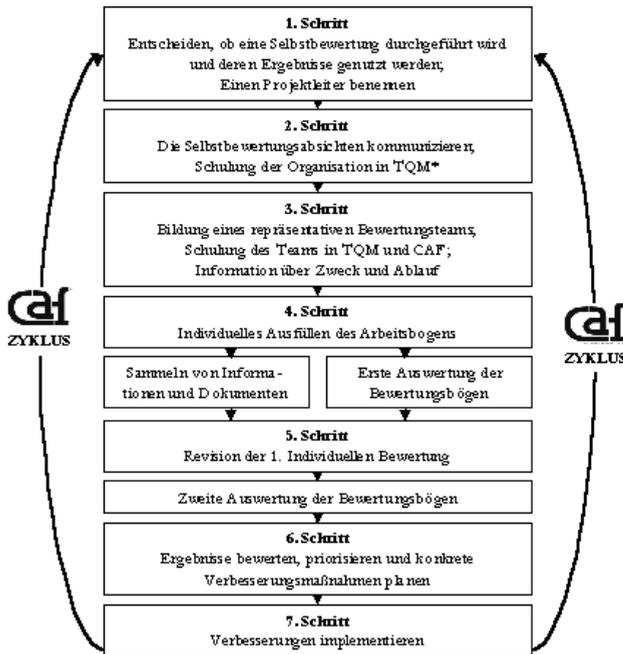


Abbildung 3: Der Selbstbewertungszyklus

Das CAF bietet einen Rahmen, mit dessen Hilfe ein kurzfristig zusammengestelltes Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine kritische Bewertung ihrer Organisation vornehmen kann. Einige wenige, einfache Prinzipien sind bei der Auswahl und dem Vorgehen des Teams zu berücksichtigen. Dieses Verfahren der Selbstbewertung ist natürlich weniger strikt und detailliert als die Bewertung einer Organisation durch Experten von außen. Es ist zugleich aber auch kostengünstiger und birgt insofern gewisse Vorteile, als es einen Einblick darüber liefert, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Leistungen ihrer Organisation einschätzen. Zahlreiche CAF-Anwender bestätigten, dass durch die Selbstbewertung interessante Fragen über die Effizienz der Organisation und über die von ihr erzielten Ergebnisse aufgeworfen wurden und diese Kenntnisse als Planungsgrundlagen für Reform- und Entwicklungsprogramme dienen können. Das heißt, auf der Basis der Ergebnisse der Selbstbewertung ist eine Organisationsentwicklung „aus sich selbst heraus“ möglich.

Die neue CAF-Version wird auf den Internetseiten des CAF-Netzwerks unter folgender Adresse zum Download angeboten:

<http://www.caf-netzwerk.de>

Das CAF Netzwerk zählt inzwischen über 250 Mitglieder aus über 160 Verwaltungen der kommunalen, Landes- und Bundesebene und zahlreichen anderen Institutionen des öffentlichen Sektors (z. B. Hochschulen, Krankenhäuser, Kirchenverwaltungen etc.).

Vera Silke Saatweber

### Kontaktadresse CAF

Fragen richten Sie bitte an:

DEUTSCHES CAF ZENTRUM  
Deutsche Hochschule für  
Verwaltungswissenschaften Speyer  
Freiherr-vom-Stein-Str. 2  
D- 67346 Speyer

Postfach 1409  
67324 Speyer

Vera Silke Saatweber  
Tel: ++49-6232-654 288  
E-Mail: [saatweber@dhv-speyer.de](mailto:saatweber@dhv-speyer.de)

[www.caf-netzwerk.de](http://www.caf-netzwerk.de)

[www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb](http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb)



## DHV weiter auf e-Kurs

### 1. Innovatives Lernen mit elektronischen Medien

Im Bereich der Lehre sowie Aus- und Weiterbildung an der DHV Speyer gewinnt die elektronisch gestützte Wissensvermittlung (E-Learning) zunehmend an Bedeutung. Der Lehrstuhl von Prof. Dr. Hermann Hill betreut seit mehr als zwei Jahren die Entwicklung, Produktion, Bereitstellung und Verbreitung mediengestützter Lerninhalte für die Lehre und Weiterbildung, um auf diesem Wege zusätzlich aufzeigen zu können, wie das Wissen zu Innovationsprozessen in Verwaltungen unterstützt werden kann (Vgl. hierzu auch SpeyerJournal Nr. 1, Sommersemester 2002, S. 36f.). Inzwischen finden sich mehrere selbstentwickelte mediale Lern- und Informationsarrangements im Angebot:

#### 1.1 Lernplattform WebCT



Lehrende an Mitgliedshochschulen des Kooperationsverbundes „Virtueller Campus Rheinland-Pfalz“ können ihr eigenes Online-Lehrangebot mit dem Lern-Management-System WebCT erstellen, um somit die Präsenzlehre durch virtuelle Komponenten anzureichern. Die Lernumgebung wurde im Seminar „Kommunikation im öffentlichen Sektor“ im Wintersemester 2002 eingesetzt und diente zur Bereitstellung seminarspezifischer Materialien, als Plattform für wöchentlich organisierte Diskussionen, als Basis für Chats sowie zur Teilnehmerverwaltung. Durch die Nutzung der Lernplattform konnten die Präsenzsitzungen methodisch und inhaltlich ergänzt werden: In den Präsenzseminaren wurde der Fokus verstärkt auf die Ergebnispräsentationen der Teilnehmer-Referate, auf die Übung

von Moderationstechniken und auf Diskussionen gelegt. Die Präsenzlehre konnte in Folge dessen bereichert werden, indem eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Inhalten und Lernen von Argumentationen anderer Seminarteilnehmer möglich wurde. Darüber hinaus konnte der Grad des selbstbestimmten Lernens bzgl. Lernort, -zeit und -rhythmus (durch Online-Foren für Vor- und Nachbereitung von Seminaren etc.) sowie die Online-Kompetenz der Hörer gesteigert werden.

Dem Lehrstuhlteam entstand zwar durch aktiven Arbeitseinsatz mit der erstmaligen Nutzung der WebCT-Lernplattform ein Mehraufwand für die Vorbereitung, den inhaltlichen Aufbau der Lernplattform und die tutorielle Begleitung. Mittelfristig werden diesem Aufwand jedoch wieder Zeitgewinne durch Wiederverwendung und Austausch elektronischer Materialien etc. gegenüberstehen. Das zusätzliche Ressourcen- und Kommunikationsangebot wurde zudem vom Großteil der Seminarteilnehmer erfreulich gut angenommen. Vor allem die Möglichkeit zur Kompetenzbildung im Umgang mit neuen Medien stand für die Teilnehmer im Mittelpunkt.

#### 1.2 Internet-gestütztes Lernen, sog. Web-Based-Trainings (WBT)

Die Produktpalette der Eigenproduktionen an der DHV umfasst inzwischen Themen zum Qualitätsmanagement („CAF-Lernsystem“), zum Management der Binnenorganisation („Vom Management der Binnenorganisation zu Good Governance“) und jüngst nun auch eine webgestützte Produktion zum Electronic-Government („eGOV-Learning@Komm“). Zudem verfügt die Bibliothek über mehrere zugekaufte Lernprogramme zu Management-Standardinhalten (<http://www.dhv-speyer.de/HILL/Sonstiges/eLearningDHV.htm>).

Das Lernen mit webgestützten Lern- und Wissens-elementen in Form von Online-Inhalten ist aber nur ein Baustein in einer umfassenden Lernlandschaft. Wie bereits in den vergangenen Semestern wurde zudem ein Teil der Lehre am Lehrstuhl von Prof. Hill mittels Einsatz neuer kollaborativer Medien flankiert. Als Instrumente dienten hierzu - wie bereits erwähnt - das Lern-Management-System WebCT bzw. die Groupware-Umgebung von Yahoo.

## 2. E-Government-Wissen multimedial vermittelt: Das Lernprogramm eGOV-Learning@Komm

Mit der jüngsten Produktion, dem Web-Based-Training „eGOV-Learning@Komm - Auf dem Weg zum Electronic Government“ wurde nun eine grundlegende Einführung in E-Government, Begrifflichkeiten, Strategien und Anwendungsbeispielen entwickelt. Einen wesentlichen Teil nimmt die Darstellung kritischer Erfolgsfaktoren bei der Umsetzung virtueller Rathäuser ein. Mit Hilfe des webbasierten Lernprogramms können nunmehr Hörer und Fortbildungsteilnehmer der DHV Speyer, Studierende der Kooperationspartner im BMBF-Projekt und insbesondere Kommunen im MEDIA@Komm-Städte Wettbewerb einen Einblick in die Grundlagen von E-Government erhalten sowie nachgestellte Szenarien aus dem Projektalltag kennen lernen. Das zugrunde liegende Erfolgsmodell des MEDIA@Komm-Städte Wettbewerbs „Erfolgsmodell kommunales E-Government“ diente dabei als Ratgeber und Checkliste.

Das Lernprogramm vermittelt, welche Herausforderungen an Führungskräfte und das Projektmanagement gestellt werden und was bei der Auswahl und Bewertung exemplarischer Verwaltungsprozesse für das E-Government beachtet werden muss. Unterschiedliche Praxisbeispiele in einer virtuellen Stadt („Neu-City“) mit virtuellen Teams zeigen die Einsatzmöglichkeiten sowie die zentralen Elemente des E-Government, wie z. B. Elektronische Signatur,

Bezahlverfahren, Medienbruchvermeidung, Erfolgsfaktoren für die Umsetzung von E-Government u. a.

Die methodischen Lehrziele orientieren sich dabei an der Vermittlung von deklarativem Wissen (konkreten Fakten) und kontextuellem Wissen aus den Erfahrungen der MEDIA@Komm-Städte (episodisches Wissen). Das Programm zielt zudem darauf ab, affektive und aktivierende Lehrziele umzusetzen, also eine positive Einstellung zum Thema E-Government zu entwickeln und Impulse zu geben (Zugriff auf das Lernprogramm im Internet unter: [http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/eGOV\\_Learning.htm](http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/eGOV_Learning.htm))



## 3. Weitere elektronische Content-Produktion für Lehre und Fortbildung

Ausschlaggebend für die Entwicklung neuer mediengestützter Lerninhalte ist in der Regel ein identifizierter Wissensbedarf zu einem aktuellen und gefragten Thema. Eine neu projektierte Lernprogramm-Entwicklung richtet sich daher auf den Bereich der Modernisierung öffentlicher Institutionen durch innovative Finanzierungs- und Managementmodelle, wie das Public-Private-Partnership (<http://www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/ppp-wbt>).

Darüber hinaus befinden sich PowerPoint-Streamings (Video kombiniert mit Präsentations-Folien im Internet) zu den Themen „Aufgabenkritik“ und „Zielvereinbarungen“ in Vorbereitung, die noch bis zum Projektabschluss im Dezember 2003 realisiert werden.

*Stephanie Ihringer*

**Auf dem Weg zum  
Electronic-Government**

## Sanierung der Hochschule

### Sanierung des „Alten Wohnheims“ abgeschlossen



In altem Glanz: Saniertes Wohnheim

Über 40 Jahre nach seiner Errichtung war das alte Wohnheim zuletzt nicht nur von Wissen, sondern auch sehr stark von Wasser durchdrungen. Auch sein Komfortstand entsprach mehr dem Stand von 1960 als dem von 2003.

Höchste Zeit für die Hochschule also, etwas zu tun. Nach zwölfmonatiger Generalsanierung war es am 1. November 2002 dann soweit. Die ersten Hörerinnen und Hörer konnten fristgerecht das Gebäude neu beziehen. Schadstofffrei, behindertengerecht, mit Dusche und WC nunmehr auf jedem Zimmer und mit modernster Kabeltechnik ausgestattet, präsentiert sich das Gebäude, das Generationen von Referendaren ihr Heim in Speyer bedeutete, nun in neuem Glanz. Schenkt man den ersten, begeisterten Reaktionen



Einladend: Doppelzimmer im „Alten Wohnheim“

der neuen Bewohnerinnen und Bewohner Glauben, so werden die 66 Doppel- und 15 Einzelzimmer des Alten Wohnheims auch bei den künftigen Generationen wohl auf einigen Anklang stoßen. In jedem Fall wurde eine deutliche Verbesserung der Unterbringung erreicht.

Nach Abschluss der ebenfalls bislang genau nach Zeitplan laufenden Sanierungsarbeiten an der Taberna

na wird den Hörerinnen und Hörern voraussichtlich ab November 2003 eine völlig modernisierte Infrastruktur zur Verfügung stehen.

### Fassadensanierung des Lehrstuhlgebäudes

Mit dem Lehrstuhlgebäude der DHV Speyer wurde ein weiteres Gebäude in Ordnung gebracht. Regen und Wind waren bei dem „in die Jahre gekommenen“ Bau mittlerweile zu den häufigsten Gästen geworden, was sich besonders in der feuchten und kalten Jahreszeit deutlich bemerkbar machte.

Im Rahmen der Bauunterhaltung durch den Landesbetrieb (ehem. Staatsbauverwaltung), Niederlassung Landau, wurden unter Wahrung der historischen Erscheinungsform, die beträchtlich verwitterten Holzfasadenteile durch witterungsbeständigere Aluminiumkonstruktionen mit einem Kostenvolumen von ca. 400.000 Euro ersetzt.

Nicht nur neues Material, sondern auch bessere Wärmedämm- und Schallschutzeigenschaften soll die neue Kon-

struktion bieten. In jüngster Vergangenheit mussten nämlich Schaumstoffdichtungen und teilweise sogar die feste Verschraubung von Fensterflügeln beide Aufgaben übernehmen. Wie deutlich gestiegene Heizkosten zeigen, ein hoffnungsloses Unterfangen. Da an der Westfassade die Mängel am schmerzlichsten zu spüren waren, wurde diese zuerst saniert, nämlich vom Juni bis zum November 2001. Von Mai bis Oktober 2002 wurde die Ostfassade saniert.



Zweckmäßig: Die modernen Nasszellen  
Fotos: DHV

Damit der erstaunlich gut erhaltene Teil der Sichtbetonfassade auch weiterhin klaglos Wind und Wetter trotzen kann, wurden diese Oberflächen ganz unauffällig mit Schutzanstrichen versehen.

Diese Sanierungsarbeiten erfolgten bei voller Belegung des Gebäudes, konnten aber Dank der kooperativen Mitwirkung der Betroffenen recht reibungslos und termingerecht durchgeführt werden. Für diese so ermunternde Mitwirkung dankt das LBB-Management der Niederlassung Landau ganz besonders

*Rudolf Butz*

## Personalialia (1. Oktober 2002 bis 30. April 2003)

### a) Einstellungen:

- 01.10.02 Gauzy, Florence, Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch  
 01.11.02 Ritter, Stefanie, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Magiera

### b) Ausscheiden:

- 31.10.02 Betz, Ramona, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Magiera  
 31.12.02 Gartner, Karin, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Professorin Dr. Jansen  
 31.12.02 Saatweber, Silke, Dipl.-Kulturpädagogin, wiss. Mitarbeiterin beim 6. Speyerer Qualitätswettbewerb  
 31.12.02 Brenski, Carsten, Assessor, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von em. Univ.-Professor Dr. Dr. König

### c) Dienstjubiläen:

- Univ.-Professor Dr. Dieter **Duwendag**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere allgemeine Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik, beging am 01.12.02 sein 40-jähriges Dienstjubiläum.  
 Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus **Lüder**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, beging am 01.01.03 sein 40-jähriges Dienstjubiläum.  
 Frau Hilde **Anne**, Verwalterin des neuen Wohnheims, beging am 24.10.02 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.

## Habilitiert im Wintersemester 2002/2003

- Dr. Annette Guckelberger: (Probevorlesung vor dem Senat der DHV Speyer am 27.01.2003) Die Verjährung im Öffentlichen Recht, Gutachter: J. Ziekow/H. Hill

## Promotionen im Wintersemester 2002/2003

- Holger Holzwart: (28.11.2002) Der rechtliche Rahmen der gemeinschaftlichen Strukturfonds am Beispiel des EFRE, Gutachter: S. Magiera/H. Siedentopf  
 Jens Kullik: (03.12.2002) Organisation und Kommunikation im ministeriellen und interministeriellen Leitungsbereich, Gutachter: K. König/H. Hill  
 Monika John-Koch: (20.01.2003) Organisationsrechtliche Aspekte der Aufgabenwahrnehmung im modernen Staat, Gutachter: H. Hill/W. Blümel  
 Ronaldo Campos: (06.02.2003) Stadtplanung und Verwaltungsdezentralisierung – eine Analyse der brasilianischen Realität am Beispiel des PREZEIS-Programms der Stadt Recife/PE, Gutachter: R. Pitschas/H. Klages  
 Christina Otter-Stephan: (17.02.2003) Qualität in der Planung und Steuerung kommunaler Veränderungsprozesse – Ergebnisse einer empirischen Fallstudie, Gutachter: H. Klages/H. Hill  
 Manfred Bitter: (25.02.2003) Strukturveränderungen auf der mittleren staatlichen Verwaltungsebene der Länder. Der rheinland-pfälzische Weg der Verwaltungsmodernisierung, Gutachter: H. Klages/H. Hill  
 Eko Prasojó: (03.03.2003) Die politische und rechtliche Stellung der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der Kantone in der Schweiz: welche Ansätze sind für die Reform des Verhältnisses von Zentralregierung und Lokalregierungen in Indonesien bedeutsam? Gutachter: R. Pitschas/K.-P. Sommermann

## Publikationen

### Schriftenreihe

- 153 Rainer Pitschas/Shigeo Kisa (Hrsg.), Internationalisierung von Staat und Verfassung im Spiegel des deutschen und japanischen Staats- und Verwaltungsrechts, Berlin 2002
- 154 Karl-Peter Sommermann/Jan Ziekow (Hrsg.), Perspektiven der Verwaltungsforschung. Beiträge zur Wissenschaftlichen Arbeitstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung vom 8. bis 10. Oktober 2001 in Speyer, Berlin 2002
- 155 Eberhard Bohne (Hrsg.), Perspektiven für ein Umweltgesetzbuch. Beiträge zum 1. Speyerer UGB-Forum vom 21. und 22. Oktober 1999 und zum 2. Speyerer UGB-Forum vom 19. und 20. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2002

### Vorträge

- 69 Paul Kirchhof, Die Reformfähigkeit des Staates durch Freiheit und Parlamentarismus. Abendvortrag anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2002/2003 (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- 70 Klaus König, Rückkehr von der Studienfahrt - Verwaltungswissenschaft als Reisebericht. Abschiedsvorlesung im Wintersemester 2002/2003, Speyer 2003
- 71 Georg-Berndt Oschatz, Leben wir in einer gefesselten Republik? - Beobachtungen von Spannungen und Kräften in unserem Staatswesen aus der Praxis des Regierens und Verwaltens. Abschiedsvorlesung im Wintersemester 2002/2003, Speyer 2003

### Arbeitshefte

- 148 Rainer Pitschas (Hrsg.), Reform der stationären Krankenversorgung im Spiegel integrierter Versorgungsformen und diagnosebezogener Fallpauschalen. Beiträge zur Krankenhausreform in der Bundesrepublik Deutschland, Speyer 2003
- 149 Heinrich Siedentopf (Hrsg.), Dokumentation zum 9. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium - Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer/Ecole Nationale d'Administration, Speyer, 3./4. Juni 2002, Speyer 2002
- 150 Hermann Hill, Risiko-Management in der englischen Verwaltung, Speyer 2003
- 151 Daniel Kettiger, Leistungsbesoldung und Leistungsbeurteilung: Das deutsche Dienstrechtsreformgesetz und die Besoldungsrevision im Kanton Bern im Vergleich (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- 152 Rainer Pitschas (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur? (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- 153 Heinrich Reiner mann (Hrsg.), Datenschutz im Internet - Internet im Datenschutz, Speyer 2003 (Veröffentlichung in Vorbereitung)

### Gesamtverzeichnis der Publikationen der Hochschule im Internet

Ein Gesamtverzeichnis aller Publikationen der DHV Speyer ist im Internet unter der Adresse <http://www.dhv-speyer.de/Aktuelles/pubsuche.htm> abrufbar.

Die komfortable Datenbank erlaubt eine einfache und gezielte Recherche nach Reihen, Erscheinungsjahren, Autoren und Stichworten. Zum Teil wurden bei den Speyerer Dissertationen kurze Abstracts zu den einzelnen Publikationen in die Datenbank mit aufgenommen. Diese erlauben eine erste und schnelle Orientierung über die jeweilige Dissertation und erleichtern es somit, sich einen ersten Überblick über ein Forschungsthema zu verschaffen.

Ebenfalls im Internet sind die Bezugsadressen und Lieferbedingungen für die einzelnen Reihen, insbesondere für die Schriftenreihe der Hochschule, die Speyerer Arbeitshefte und die Speyerer Vorträge genannt.

## SpeyerJournal Nr. 2

Wintersemester 2002/03  
(Fortführung des SpeyerBriefs)

### Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,

Freiherr-vom-Stein-Str. 2,  
67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax.: 06232/654-208;

E-Mail: [strohm@dhv-speyer.de](mailto:strohm@dhv-speyer.de)

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Bearbeitung: Barbara Schneider,  
Hildegard Grißner

Satz und Druck: DHV Speyer,  
Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro  
Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe  
und Übersendung eines Beleg-  
exemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, Bertels-  
mann-Stiftung, Jan-Zimmermann

## Johann Joachim Becher-Preis 2002 verliehen Auszeichnung von Univ.-Professorin Dr. Dr. Brigitte Falkenburg

Am 4. April 2003 fand in der Aula der DHV Speyer die feierliche Preisverleihung des Johann Joachim Becher-Preises statt. Bereits zum zweiten Mal hatte die Johann Joachim Becher-Gesellschaft diesen Preis ausgelobt.

Zur Ehrung der diesmaligen Preisträgerin, Univ.-Professorin Dr. Dr. Brigitte Falkenburg (Universität Dortmund), hatten sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft eingefunden. Nach der Begrüßung der Gäste durch Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der DHV Speyer und den ehemaligen Speyerer Oberbürgermeister Dr. Christian Roßkopf würdigte Univ.-Professor Dr. Carl Böhret Brigitte Falkenburg als eine Überwinderin der zwei Kulturen der Geistes- und Naturwissenschaft. Ausführlich ging er auf die wissenschaftlichen Leistungen der Philosophin und Physikerin ein.

Der Johann Joachim Becher-Preis wurde zum zweiten Mal für eine Arbeit verliehen, die einen bedeutenden Beitrag zum Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft leistet. „Technik - Dienerin gesellschaftlicher Entwicklung?“ lautete das Thema des Wettbewerbs 2002, an dem sich wieder zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt hatten. Eine hochkarätig zusammengesetzte Jury hatte in monatelanger Arbeit die verschiedenen eingereichten Wettbewerbsbeiträge geprüft und sich dann auf die diesjährige Preisträgerin verständigt.

„Der Preis würdigt eine Arbeit, die in unserer technik-verrückten Zeit zur Besinnung mahnt“ und dabei die Hoffnungen und Ängste, die an den technischen Fortschritt geknüpft seien, verdeutliche, so Roßkopf in seiner Ansprache. Gleichzeitig mache die Arbeit deutlich, wie wichtig es sei, das „dynamische Gleichgewicht zwischen ökonomischen und unökonomischen Interessen zu bewahren“, unterstrich Böhret in seiner ausführlichen Laudatio. Technischer Fortschritt sei notwendig, er



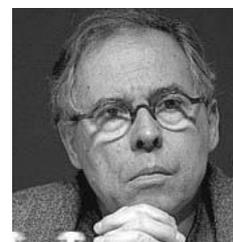
Preisverleihung: Die Preisträgerin, Univ.-Professorin Dr. Dr. Brigitte Falkenburg, und der Vorsitzende der J. J. Becher-Gesellschaft, Dr. Christian Roßkopf (v. l.) Fotos: DHV

dürfe sich aber keinesfalls verselbstständigen.

In Ihrer Dankesreplik erläuterte die Preisträgerin, die just am Tag der Preisverleihung einen runden Geburtstag feiern konnte, den „Wert der Wissenschaft“ und dankte der Jury, den Vorsitzenden der Johann Joachim Becher-Stiftung und -Gesellschaft sowie ihrer Familie für deren Unterstützung.

Ausdrücklich dankten sowohl Dr. Roßkopf als auch Univ.-Professor Dr. Böhret der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer für die ausgezeichneten Verbindungen zwischen Hochschule und J. J. Becher-Gesellschaft sowie J. J. Becher-Stiftung.

Anschließend rundete ein Vortrag des Vorsitzenden des Nationalen Ethikrates, Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Spiris Simitis, der selbst Mitglied der Jury gewesen war, die Preisverleihung ab. Er sprach zum Thema „Technologiewandel - Ansatz und Musterbeispiel veränderter Gesetzgebungsstrategien“ und zeigte dabei zahlreiche für die weitere Zukunft entscheidende Problemfelder auf.



Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Spiris Simitis

Der Abend klang mit dem traditionellen Empfang mit Brezeln und Wein aus.

# Ehemaligenverzeichnis jetzt online



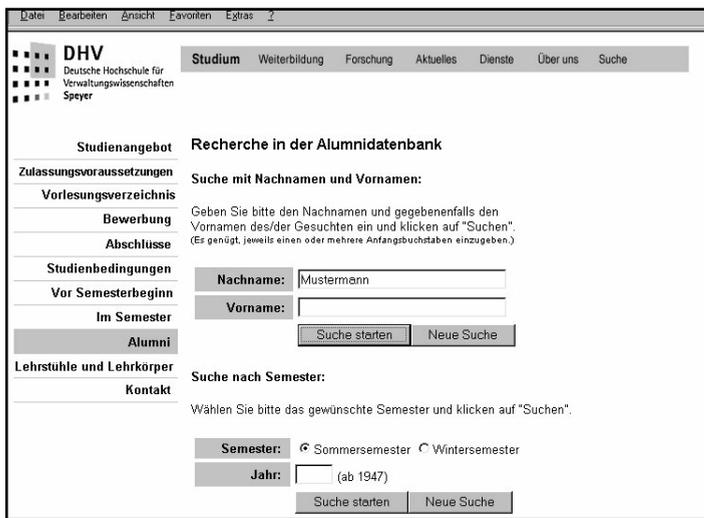
Konkurrenz für das gedruckte Ehemaligenverzeichnis...

Das gute alte Ehemaligenverzeichnis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften hat Konkurrenz bekommen. Seit Dezember 2002 werden stehen den Alumni der Hochschule die Ehemaligendaten auch online zur Verfügung.

Nach umfangreichen Vorarbeiten durch das Rechenzentrum der Hochschule und der Abteilung für akademische Angelegenheiten, bei denen insbesondere Aspekte des Datenschutzes geprüft und umgesetzt werden mussten, kann somit für die



Unter <http://www.dhv-speyer.de/Studium/alumni/alumnisuche.htm> passwortgeschützter Eingang zur Ehemaligendatenbank



Verschiedene Recherchemöglichkeiten stehen zur Verfügung

Mitglieder der Ehemaligenvereinigung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eine tagesaktuelle Dienstleitung erbracht werden.

Jedem Mitglied der Ehemaligenvereinigung wurde ein Passwort mitgeteilt, das ihm unter der Internetadresse <http://www.dhv-speyer.de/Studium/alumni/alumnisuche.htm> ein schnelles und problemloses Einloggen in das System erlaubt. Nach dem Einloggen stehen den Nutzern dann verschiedene Recherchemöglichkeiten zur Verfügung. So ist es zum Beispiel möglich, sich alle Alumnis eines Semesters gezielt anzeigen zu lassen. Selbstverständlich gibt es aber auch gezielte Suchfunktionen nach einzelnen Namen und

## Adressen.

Die Zugriffsstatistiken des Hochschulservers zeigen, dass das neue Angebot rege genutzt wird. Auch die bislang bei der Hochschule eingegangenen Reaktionen auf den neuen Service waren durchweg positiv. Es bleibt abzuwarten, ob die online-Datenbank aufgrund ihrer höheren Aktualität mittelfristig sogar das gedruckte Ehemaligenverzeichnis vollständig ersetzen kann.



Klar gegliederte Darstellung der Rechercheergebnisse

## Angaben für das Ehemaligen-Verzeichnis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Titel, Amtsbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Hörer/in im Speyer-Semester

\_\_\_\_\_  
Dienststelle (mit Anschrift /Telefon /Telefax /e-mail)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Privatanschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Telefon/Telefax/e-mail

Deutsche Hochschule für

Verwaltungswissenschaften Speyer

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Freiherr-vom-Stein-Str. 2

67346 Speyer

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, die oben angegebenen Daten in das „Ehemaligen-Verzeichnis“ der Hochschule aufzunehmen. Mit einer Weitergabe dieses Verzeichnisses bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir regelmäßig

- Einladungen zu Abendvorträgen       das „Ehemaligen-Verzeichnis“  
und das *SpeyerJournal*
- Einladungen zum Semesterball

An den hierbei entstehenden Kosten beteilige ich mich mit dem Mindestbetrag von jährlich  8 Euro bzw.  15 Euro bzw.  \_\_\_\_\_ Euro). - Der Beitrag ist bis zum 1.3. eines s auf das Konto der Regierungskasse Neustadt/Weinstraße, Sparkasse Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße, BLZ 546 512 40, Kto-Nr. 20008, Kassenzeichen 0208/282 01 (07) zu überweisen. (Einen entsprechenden Vordruck erhalten Sie jeweils mit der Übersendung des Ehemaligenverzeichnisses im Dezember.) - Etwaige Änderungen meiner Angaben teile ich Ihnen baldmöglichst mit. Die Mitgliedschaft kann zum 31. Dezember eines Jahres (schriftlich) gekündigt werden.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

P.S.: Aus Kostengründen wird die Erklärung nicht bestätigt. Sie werden baldmöglichst in den Versand einbezogen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205; nur vormittags).